Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17. Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11—12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit".

Verlag u. Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27. Fernspr. 5407. Postscheckkonto Leipzig Nr. 37513

Nr. 258 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 5.50 Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 5.— Mk. Durch Postbezug im Bereich 13.—; monatlich 5.— Mk. Bestellgeld extra. | Halle, Dienstag, den 2. November 1920 | Anzeigenpreis: Im achtgespalt. Anzeigenteil kostet das Millimeter 60 Pf., dasselbe Reklame im dreigespalt. Textteil 2.50 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 4. Jahrgang.

Minister Severing gegen die Orgesch.

Der Eid einer Gräfin — Die „Gelben" gegen die Sozialisierung — Die Bergregale — Die Autonomie der Provinzen.

Berlin, 1. November. Der Minister des Innern, Severing, hat heute den folgenden Erlaß an die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten herausgegeben:

Die Betätigung und Wirkung der Organisation Escherich stellt eine immer wachsende Gefahr für die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung dar. Einerseits fordert die Orgesch in besonderem Aufruf nicht nur ihre Mitglieder, sondern darüber hinaus die Allgemeinheit zum Ungehorsam trotz aller Strafen gegen die Staatsregierung auf, indem sie geltend macht, daß auf Seiten der Orgesch die Macht sei. Andererseits ruft sie durch Art und Inhalt ihrer Agitation nicht nur den Widerspruch, sondern auch erweisenermaßen den Zusammenschluß der auf entgegengesetztem Boden stehenden Kreise der Bevölkerung hervor. Die Anzeichen mehren sich in bedrohlichem Maße, sodaß es bei einer Weiterverfolgung dieses Weges zu schweren Erschütterungen des Staates kommen muß.

Im Hinblick darauf ersuche ich unter Bezugnahme auf meinen an die Herren Oberpräsidenten gerichteten Drahterlaß vom 15. 8. 1920, sämtliche zur Organisation Escherich gehörigen oder mit ihr verbundenen und auf gleichem Boden stehenden Vereine gemäß § 2 des Reichsvereinsgesetzes aufzulösen, insbesondere alle Versammlungen zu verbieten und zu verhindern, sowie in der gleichen Weise gegen Zeitungsanzeigen, Aufrufe u. dergl. vorzugehen.

Der Rechtsboden für diese Maßnahmen ist ohne weiteres gegeben, und zwar einmal durch § 128 Ziff. 2b des Reichs-Strafgesetzbuches da die Mitglieder der Orgesch ausweislich ihrer Satzungen deren Leitern gegenüber sich zu vorbehaltloser Unterordnung verpflichtet haben. Ferner aber handelt es sich ganz offenbar um einen durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. 5. 1920 (R. G. Bl. 1117) verbotenen und mit Strafe bedrohten Verband polizeilicher Art, da nach § 3 der Satzung zum Zweck des Vereins unter anderem ist: Schutz von Personen, sowie Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und Abwehr jedes Rechts- oder Unrechtes. Dies sind zweifellos Aufgaben der Polizei nach § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts, deren Ausübung jedoch ein ausschließliches Recht des Staates ist. Schließlich verstößt der Verband gegen die Verfügung des Staatsministeriums vom 9. 4. 1920, die Auflösung der Einwohnerwehren betreffend. Diese Verfügung bezieht sich nach ihrem Sinn und ihrer Veranlassung nicht nur auf die staatlich organisierten Wehren, sondern darüber hinaus auf alle Organisationen, deren Zusammenfassung von Personen zum Zwecke gemeinsamer und planmäßiger Ausübung des Selbstschutzes bestehen. Daß dieser mit Waffen ausgeübt wird, unterliegt keinem Zweifel. Selbst wenn der Verband als solcher keine Waffen hat, so gilt dies doch von dem größten Teil der Mitglieder, ein Zustand, der nicht nur tatsächlich feststeht, sondern zweifellos auch in der Absicht der Organisation liegt, da ohne Waffen ein Selbstschutz überhaupt nicht ausgeübt werden könnte.

Demgemäß hat die Reichsregierung in einer Kabinettssitzung vom 23. 8. 1920 anerkannt, daß die Orgesch als eine Umgehung der Einwohnerwehren anzusehen ist, sodaß ihr Fortbestehen mit dem Verbot aller Friedensverträge nicht in Einklang zu bringen ist.

Die von der Presse erwähnte Stellungnahme des Herrn Innenministers ist, wie er selbst am Schlusse seiner Aeußerung hervorhebt, nicht endgültig. Seiner eigenen Anregung entsprechend werde ich ihn das weitere, noch in der Sammlung begriffene Material über das Wirken der Orgesch zur erneuten Prüfung übermitteln. Ohne Rücksicht darauf aber ist sofortiges Einschreiten, wenn nicht schweres Unglück eintreten soll, unbedingt geboten. Wenn auch der Gründer der Organisation der Satzung entsprechend nur „die Versöhnung der Volksklassen und den Wiederaufbau Deutschlands" im Auge gehabt haben mag, so führt die Betätigung und Wirkung seiner Schöpfung, wie die Tatsachen beweisen, zu dem entgegengesetzten Ergebnis, letzten Endes zu einer schweren Gefährdung des Staates.

Selbstverständlich ist in derselben Weise, wie gegen die Orgesch, auch gegen alle auf dem entgegengesetzten Boden stehenden Verbände und Vereine sowie deren Veröffentlichungen vorzugehen.

Die „Gelben" gegen die Sozialisierung.

Berlin, 1. November. Der Nationalverband deutscher Gewerkschaften faßte einstimmig einen Beschluß, der die Sozialisierung des Kohlenbergbaues ablehnt, da nicht zu erweisen sei, daß durch ihn eine Steigerung der Produktion und eine Herabsetzung der Kohlenpreise erreicht werden wird, vielmehr das Gegenteil zu befürchten sei.

*

Im übrigen waren auf der Tagung hohe Herrschaften, der Vizekanzler Dr. Heinze, zahlreiche Vertreter der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei anwesend. In der gefaßten Resolution findet sich folgende Parole:

„Die dem Nationalverband Deutscher Gewerkschaften angeschlossenen Verbände sind der Ueberzeugung, daß die Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbindenden gleichlautenden nationalen und wirtschaftlichen Interessen schwerwiegender sind als Meinungsverschiedenheiten über die Verteilung des Arbeitsertrages und daß ein möglichst friedliches Zusammenarbeiten aller Erwerbsstände unter Anteilnahme der Arbeiter und Angestellten am Besitz und am Gewinn der Unternehmungen das Wohl gehen der Arbeitnehmerschaft besser fördert als der Klassenkampf."

Mit Wohlfahrtseinrichtungen und sogenannter Gewinnbeteiligung dürfen diese braunen Kinder Licht zufrieden zu stellen sein. Sie wollen ihre Interessen „möglichst" auf dem Wege der Verständigung wahren, sie wollen sich „möglichst" vervollkommnen und veredeln im Sinne der christlichen Sittenlehre. Sie wollen politisch und konfessionell neutral bleiben!

Vorläufig sind diese Herrschaften nicht gefährlich. Aber auf die Entwicklung dieser Bewegung soll man ein scharfes Auge haben.

Wohnungsnot und der Eid einer Gräfin.

In der Reichstagsverhandlung vom Sonnabend schnitt der Genosse Müller (Franken), der ehemalige Reichskanzler, die Wohnungsnot an und teilte dabei einen Fall aus Berlin mit, der so grell die Verhältnisse beleuchtet, daß wir diesen Abschnitt seiner Rede wörtlich bringen. Er sagte:

„Eines der schlimmsten Korruptionskapitel ist das Wohnungswesen, und ich will einen Fall erzählen: In einem Hause in der Tiergartenstraße steht eine Zwanzig-Zimmer-Wohnung seit zwei Jahren leer. Sie gehört der Gräfin Klara Wartensleben, die in der Nähe von Berlin ein eigenes Gut hat, auf dem sie wohnt. Durch Schiebungsverträge mit einem Prinzen Solms und einer Frau von Tiedemann sollte die Fiktion aufrecht erhalten werden, als wäre die Wohnung vermietet, und die Gräfin ging sogar so weit, für acht Personen, die angeblich in der Wohnung wohnten, Lebensmittelkarten in Anspruch zu nehmen. Das ist m. E. ein Fall, der vor den Staatsanwalt gehört."

Zu dieser Angelegenheit teilt das Wohnungsamt Berlin mit, daß diese Angaben zutreffen. Die bisherige Beschlagnahme der Wohnung sei daran gescheitert, daß die Gräfin Wartensleben die eidesstaatliche Erklärung abgegeben habe, daß die Wohnung an den Prinzen Solms und eine Frau von Thiedemann abvermietet sei. Auch diese haben das eidesstattlich bestätigt, daß sie die Wohnung gemietet hätten und sie bewohnten. Die Erkundigungen des Wohnungsamtes haben aber ergeben, daß diese Erklärungen falsch sind. Es handelt sich um bloße Scheinverträge; weder Frau von Thiedemann noch Prinz Solms haben in der Wohnung gewohnt, sondern tatsächlich nur eine Bedienerin darin gehaust, die beim Nachfragen des Wohnungsamtes stets erklärte, daß die Herrschaften „gerade verreist" seien. Infolgedessen ist vom Wohnungsamt schon vor zehn Tagen die Beschlagnahme der Wohnung ausgesprochen worden. Jetzt sind wir gespannt, was der Staatsanwalt zu diesen eidesstattlichen Erklärungen sagt.

Friedensvertrag und Wirtschaftsbeziehungen.

Paris, 1. Nov. Die englische Regierung ist sehr erstaunt über die Erregung in Frankreich und in einem Teil der englischen Presse, die durch den Verzicht auf § 18 des Friedensvertrages hervorgerufen worden ist. Sie versichert, daß dies eine reine Handelsangelegenheit des Board of Trade sei und nicht geeignet war, die Einheit der Alliierten in der Ausführung des Friedensvertrages zu schwächen. Aber, sagt der „Matin", hoffentlich ist der Beweis zu erbringen, daß diese These nicht haltbar ist.

Die Präsidentenwahl in Amerika.

Washington, 1. November. Der Wahlfeldzug hat gestern abend sein Ende gefunden. Jede Partei behauptet, daß ihr Kandidat die Mehrheit erhalten wird, die zur Sich rung der Wahl notwendig ist. Die Zeitungen sprechen von einem sicheren Sieg Hardings, obwohl er keine große Mehrheit erhalten werde. Ein Schreiben Wilsons an den demokratischen Kandidaten, in dem er ihm seine Unterstützung zusagt, spreche jedoch zugunsten von Cox. Die Zahl der eingeschriebenen Wähler ist größer als jemals. Das Wahlergebnis wird erst spät eintreffen.

Polen spannt die Botschafterkonferenz vor den Wagen.

Danzig. Die Botschafterkonferenz, die das Abkommen als unabänderlich bezeichnet hat, redet jetzt den Danzigern eindringlich zu, den Polen noch weiter entgegenzukommen. — was aber bleibe keine Aenderung sei; alles sei überhaupt ein Mißverständnis. Immerhin wird erklärt, daß zu jeder Aenderung die Zustimmung beider Parteien gehöre.

Schwere Anschuldigungen gegen Reichswehr. Die unabhängige „Bergische Volksstimme" behauptet, daß im Lager Soldau, wo kriegsgefangene Angehörige der Roten Armee interniert sind, eine Rotte angetrunkener Reichswehr, geführt von einem Offizier, in die Baracke 65 eingedrungen sei und die dort untergebrachten Schwestern und Pflegerinnen der Roten Armee vergewaltigt habe, wobei ein russischer Arzt, der dies verhindern wollte, von dem Offizier mit dem Revolver bedroht worden sei. — Eine sofortige Untersuchung der Angelegenheit durch zivile Gerichtsbehörden halten wir für dringend erforderlich.

Die Lage in England.

Von Philip Snowden.

London, Ende Oktober.

Die gegenwärtige politische Situation in Großbritannien ist von großer Wichtigkeit und hoher Bedeutung nicht nur für Großbritannien selbst, sondern für alle Nationen Europas.

Die einflußreiche Stellung, die Großbritannien in der europäischen Politik einnimmt und die Wirkung, die die industrielle und politische Entwicklung in diesem Lande auf die internationale sozialistische Bewegung ausüben muß, machen die britische Politik zu einer Angelegenheit von vitalem Interesse für die Sozialisten aller Länder.

Nach einer Friedenspause von zwei Monaten hat sich das Britische Haus der Gemeinen wieder versammelt. In der Zwischenzeit haben sich Ereignisse von Bedeutung entwickelt, und die Britische Parlamentarische Arbeiterpartei, die die größte Gruppe der parlamentarischen Opposition ist, sieht sich einer Aufgabe gegenüber, die voll von großer Schwierigkeit und von ernsten Möglichkeiten für Großbritannien und die ganze Welt ist.

Großbritannien hat am wenigsten von allen kriegführenden Ländern Europas die Wirkungen der wirtschaftlichen Zerstörung gespürt. Aber die Flauheit im Handel ist jetzt weit verbreitet, und die Arbeitslosigkeit steigt täglich. In diesem Augenblick wird die industrielle Lage durch einen Streik der Kohlenarbeiter erschwert. Alle Gruben in Großbritannien liegen still, und Zehntausende von Arbeitern anderer Industrien sind infolge des Versagens der Kohlenversorgung aus der Arbeit geworfen.

Es ist in diesem Moment schwer vorauszusagen, welche Situationen aus diesem industriellen Streik entstehen können; ob er sich zu einem allgemeinen industriellen Stillstand entwickeln wird, in den alle Gewerkschaften hineingezogen werden, oder ob der Streik durch ein Kompromiß zwischen der Regierung und den Bergarbeitern beendigt werden wird. Im Augenblick sind die Tendenzen, die auf einen Abschluß durch Verhandlungen hinweisen, stärker als diejenigen, die einen langen und schrecklichen Kampf bedeuten.

Aber wenn der Streik der Kohlenbergwerksarbeiter abgeschlossen ist, werden andere industrielle Probleme ernster Art übrig bleiben. Die Regierung hat ihr Versprechen an die ehemaligen Krieger, sie vor zukünftiger Not und Mangel zu bewahren, nicht erfüllt. Es gibt etwa 200 000 Arbeitslose unter diesen Männern, diese müssen von Unterstützungen existieren, die bei der jetzigen Höhe der Preise gänzlich unzureichend zum Lebensunterhalt sind. Die Verzweiflung dieser arbeitslosen ehemaligen Soldaten wächst täglich, und der erste bedrohliche Ausbruch ihres Unmutes zeigte sich am Tag vor dem Zusammentritt des Parlaments in einer großen Demonstration in London, die in einen Tumult auslief, wobei eine Anzahl von Personen mehr oder weniger ernst verletzt wurden. Wenn die Regierung nicht sofort Schritte unternimmt, um mit dem Werk des Wiederaufbaues zu beginnen, das Beschäftigung bietet, ist es sicher, daß der kommende Winter eine Wiederholung solcher unglücklicher Ereignisse in noch größerem Maßstabe bringen wird.

Der Zustand in Irland verursacht der britischen Labour Party ernste Sorge und erschafft der liberalen Asquith-Partei die Möglichkeit, einen Versuch zur Wiederherstellung ihres politischen Prestiges zu unternehmen. Der Fehlschlag der irischen Politik der Regierung ist vollständig und tragisch. Im größten Teil Irlands ist die britische Verwaltung gänzlich unwirksam. Jeden Tag finden Schießereien, Mordes, Einäscherungen von Städten und Dörfern statt. Die Streitkräfte der Regierung führen im Einverständnis und mit Ermutigung von Ministern Repressalien in einer Weise durch, wie sie bisher keine Nation kannte, außer durch eine in Feindesland einfallende Armee.

Die Regierung, die unter dem Einfluß der fanatischen Minorität der Ulsterleut steht, hat keine andere Politik für die Behandlung der irischen Frage als die nichtswürdige Politik, den entschlossenen Willen des irischen Volkes zur Selbstregierung durch militärische Gewalt zu unterdrücken. Diese Politik ist seit hundert Jahren von verschiedenen aufeinanderfolgenden britischen Regierungen versucht worden, ihre Erfolge zeigen sich in der gegenwärtigen in Irland herrschenden Anarchie. Vor dem britischen Parlament liegt ein Gesetzentwurf der Regierung, der vorschlägt, Irland eine gemäßigte Art von allen irischen nationalistischen Gruppen mit Verach ung zurückgewiesen, er wird aber auch von der Ulsterminderheit nicht angenommen. Ein derartiges Gesetz bliebe ein toter Buchstabe, denn das irische Volk würde sich weigern, es in die Tat umzusetzen.

Während der letzten Wochen haben bedeutende liberale Staatsmänner und Führer der Arbeiterpartei Vorschläge zur Lösung der irischen Frage gemacht. Asquith, dessen Schwäche in der Behandlung der irischen Frage, als er im Amt war, in hohem Maße verantwortlich für das gegenwärtige Chaos ist, ist jetzt mit einem Vorschlag herausgekommen, Irland vollständige Selbstregierung zu geben in dem Maße, wie die britischen Dominions sie genießen, einschließlich des Rechts, eine eigene Armee und Marine zu unterhalten.

Die britische Arbeiterpartei ist in bezug auf die irische Politik gespalten. Die letzte Jahreskonferenz der Arbeiter-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201102-13/fragment/page=0001

partei nahm eine Resolution zu Gunsten des vollen Selbstbestimmungsrechts für Irland an, die dem irischen Volk, wenn es das wünschen sollte, das Recht zugestand, sich von dem britischen Imperium zu trennen. Ein beträchtlicher Teil der britischen Arbeiterpartei ist noch nicht bereit, so weit zu gehen, will jedoch das vollste Maß von Selbstregierung innerhalb des britischen Reichs gewähren. Wenn die britische Arbeiterpartei sich nicht auf eine bestimmte Politik in bezug auf Irland einigen kann, wird sie vielleicht von Asquith und seinen Anhängern überflügelt werden. Die irische Frage ist in diesem Augenblick der alles beherrschende Punkt in der britischen Politik, und sie wird es wahrscheinlich bleiben, bis irgendein Staatsmann oder irgend eine politische Partei den Mut hat, das Problem mit einem großherzigen und kühnen Geist zu erfassen.

Das Interesse an der russischen Frage ist augenblicklich weniger stark, als es vor zwei und drei Monaten war, als der Aktionsrat gebildet wurde, um die Regierung zu zwingen, die Unterstützung der Feinde Sowjetrußlands einzustellen und sie zu zwingen, Handelsbeziehungen mit Rußland zu eröffnen und die Sowjetregierung anzuerkennen. Dieses Sinken des Interesses an der russischen Frage ist die Bloßstellung der bolschewistischen Propaganda in Großbritannien zu verdanken und weiter dem wohlbegründeten Glauben, daß die Proteste des Aktionsrates die Regierung gehindert haben, ihre aktive Feindschaft gegen Sowjetrußland fortzusetzen.

Im Augenblick ist die Stellung Lloyd Georges wahrscheinlich stärker als sie zu irgendeiner Zeit während der letzten zwei Jahre gewesen ist. Bei einer kürzlichen Nachwahl in einem Londoner Vororttbezirk sammelte der Kandidat Lloyd Georges mehr Stimmen auf sich als die Stimmen seiner Arbeiter- und liberale Gegner zusammen. Die gegenwärtige Stärke der Koalition beruht in hohem Maße auf der Furcht, von der das große mittelbürgerliche Element des Großbritannien wahrscheinlich in einer größeren Zahl als irgendein anderes Land aufzuweisen hat, gegenüber den revolutionären Tendenzen der Arbeiterbewegung beherrscht ist. Lloyd George, der in wirksamer politischer Propaganda Sachverständiger ist, nutzt diese Aengste bis zum äußersten aus und stellt jede vernünftige Forderung der Arbeiterschaft als Beginn des Bolschewismus hin.

Die nächsten Monate werden wahrscheinlich wichtige und weittragende Entwicklungen in der politischen Situation Großbritanniens bringen. Wenn die Regierung Lloyd Georges gestürzt wird, so wird das wahrscheinlich durch den wachsenden Ernst der nationalen Finanzlage geschehen, die bei dem Daniederliegen des Handels immer schlechter werden muß.

Die Britische Arbeiterpartei hat eine große Gelegenheit. Wenn die Parlamentarische Arbeiterpartei sich zu ihren Möglichkeiten erheben könnte, so würde sie die industrielle, politische und wirtschaftliche Lage benutzen, um der Regierung so viel Schwierigkeiten zu bereiten, daß ihr Verbleiben im Amte unmöglich würde.

Die Autonomie der Provinzen.

Die Oberpräsidenten gegen Verfassungsausschuß.

Der Verfassungsausschuß der Preuß. Landesversammlung hatte die Staatsregierung um Einbringung einer Vorlage ersucht, welche die Aufgaben und Befugnisse der Provinzen erweitert. Demgegenüber hat die kürzlich abgehaltene Konferenz der Oberpräsidenten und Landesdirektoren der preußischen Provinzen einmütig den Standpunkt vertreten,

daß der Staat, auch in seiner heutigen demokratischen Verfassungsform, eine straffe und einheitliche Staatsverwaltung und ein einheitliches Staatsbeamtenium braucht;

daß demgegenüber die Uebertragung der reginimenten Verwaltungsbefugnisse des Staates einschl. der Kommunalaufsicht und überwiegender Teile der Polizeiverwaltung auf den Kommunalverband der Provinzen nicht nur geeignet ist, die Einheit des Staatsbeamtenthums zu zerstören, sondern auch die einheitliche Staatsgewalt Preußens provinziell partikularistisch auflösen und die Zerstörung des preußischen Staates herbeiführen;

daß aber für ein Vorgehen mit diesem Ziele oder diesen Folgen ernste Gründe nicht vorliegen;

daß vielmehr solch Vorgehen letzten Endes auch die Zertrümmerung des Reiches zur Folge haben würde;

daß es Sache der Verwaltungskunst, in erster Linie der Ministerien sei, unnötiges Vielregieren zu vermeiden und bei der Besetzung, namentlich der leitenden Staatsbeamtenstellen, den berechtigten Erwartungen der Provinzen Rechnung zu tragen,

und daß ferner die Erweiterung der Rechte der Selbstverwaltung der Provinzen nur durch Uebertragung einzelner besonders geeigneter Gegenstände stattfinden könne.

Die Konferenz hält es weiter für dringend erforderlich, daß den einzelnen Provinzialverbänden, mindestens den Provinzialausschüssen, zu derartigen Vorlagen rechtzeitig Gelegenheit zur gutachtlichen Aeußerung gegeben wird.

Menschenhandel.

Eine Reklameüberschrift wie man sie eigentlich nur im Kino findet, aber doch ist es der Titel eines Buches. H. F. Osbahr schildert im Namen seiner Hamburger Genossen die Erfahrungen, die sie in Rußland bei ihrer vom Ansiedlungsverein Ost veranlaßten Auswanderung gemacht haben. Was das Wunderbare ist, die Leute, die ausgezogen um dem Bolschewismus zum Siege zu verhelfen, sind heimgekehrt als Anhänger der antibolschewistischen Kulturliga; denn diese gibt das Buch heraus. Ein Extrem löst das andere ab. Doch das ändert nichts daran, daß die Berichte wohl wahrheitsgetreu das schildern, was die Auswanderer gehofft und was sie gefunden haben. Wir geben einige Proben aus den Briefen, die im August bis. Js. geschrieben sind.

„Mehr darf ich nicht schreiben!!!! Ich hatte mir in Rußland den Himmel auf Erden gedacht. Bin in Moskau gewesen, ich dachte eine große Stadt mit goldenen Türmen zu sehen, nein, ein Dreckloch, wie es schlimmer gar nicht existiert. Auf den Straßen hocken die verkommenen Menschen, ja sie liegen im Rinnstein und handeln mit allem möglichen Mist. Alles schmutzig, nur Dreck sieht man und in Lumpen gehüllte Gestalten, welche sich Menschen nennen."

„Von Kommunismus ist hier nichts zu merken. Wer Geld hat, der lebt. Die Bonzen sind vor allen Dingen sehr gut. Die Arbeiter in den Fabriken schieben Kohldampf. Der ganze Kommunismus ist hier weiter nichts als Betrug und Stehlen. Wir, die wir hier drüben sind und die Sache durchschaut haben, sind keine Kommunisten mehr. Die Herren Kommunisten, die in den Magazinen sitzen, schieben und stehlen alles, was sie zu fassen kriegen. Es ist von einigen russischen Vertretern erklärt worden, daß wir die Opfer der dritten Internationale geworden sind."

„Von Kommunismus ist nichts zu merken?" Nein, gewißlich nicht! Wenigstens nichts von dem Kommunismus wie Sozialdemokraten ihn ansehen und ihn sich vorstellen. Wer den russ. Kommunismus am eigenen Leibe gespürt hat, dem wird (und habe er auch den größten) der Mund bald gestopft werden. Wir nehmen von der Sache nur Notiz, weil dieses ein typisches Beispiel für die praktischen Erfolge ist, die der Kommunismus aufzuweisen hat.

Hennig nicht Redakteur der Erfurter „Tribüne".

Unter dieser Ueberschrift unternimmt das „Volksblatt" gestern eine Ehrenrettung ihres Exredakteurs Hennig. Wir bestätigen dem „Volksblatt" gern, daß Hennig nicht Redakteur an der „Tribüne" ist. Er hat es uns am Sonnabend auch persönlich mitgeteilt. Das ändert aber nichts daran, daß die von uns gebrachten Ausführungen wortwörtlich in der „Unabhängigen Erfurter Tribüne" gestanden haben. Das ändert auch nichts daran, daß „Genosse" Hennig den Erfurtern wohl die Redakteursarbeit, aber nicht seine Mitarbeit abgeschlagen hat. Nun wäre nur noch notwendig, festzustellen, wie umfangreich seine Mitarbeit an der „Tribüne" ist, ob nicht schon all in das Maß dieser Mitarbeit ihn zum Redakteur stempelt, wenn er es offiziell auch nicht ist.

Der aufgestörte Ameisenhaufen.

Der Stoß, den Moskau nach der großen deutschen U. S. P. führte, hatte die Wirkung eines Schlages in einen Ameisenhaufen. Aufgestört und ratlos irren die Schäfchen auf beiden Seiten durcheinander. Die Kommunisten laufen in ihrem gekränkten revolutionären Gefühl zum bürgerlichen Richter und wollen sich bestätigen lassen, daß sie nach ihrer eigenen philosophisch-dialektischen Lüstelei die richtige U. S. P. sei. Dafür kann nun natürlich der Richter kein Verständnis entwickeln, sondern er muß das geschriebene Recht bei seinem Entscheid zu Hilfe nehmen. Also das alte, nach den Lehren der Kommunisten dreimal verfluchte. Eine ratlose Handlung der Neukommunisten, und so fallen sie denn mit ihrem Prozeß letzenpflichtig hinein. Nach dem Vereins- und Versammlungsrecht muß dann Hilferdingen die Parteikasse zugesprochen werden, und die „Freiheit" in Berlin schlägt Purzelbäume, als hätte sie auf dem Wege zum Sozialismus einen glänzenden Sieg errungen.

Aber in Halle sieht es nicht anders aus. Am 21. Okt. beschließen hier die Neukommunisten noch in ihrer Versammlung, daß sie die rechtmäßige alte sozialdemokratische Partei sind und fordern deshalb die drei Treuhänder des „Volksblattes", Niemand, Jähnig und unseren Genossen Herzig, auf, nicht mehr im Namen des Sozialdemokratischen Vereins zu sprechen; gestern, auf ihrem Unterbezirkstag, erklärt der neue „Stern" vom „Volksblatt": „Jeder Anklang an den Begriff der Sozialdemokratie muß verschwinden." — Der ist tatsächlich schon verschwunden, deshalb hat rechtlich die neukommunistische Partei auf nichts, aber auch auf rein gar nichts Anspruch von alledem, was unter dem Namen der Sozialdemokratie von den Arbeitern geschaffen worden ist. Auch nicht auf das „Volksblatt", das immer noch den Namen Sozialdemokratisches Organ führt und deshalb die Worte seines eigenen Redakteurs Lügen straft.

Wirklich glorios ist die Berechnung der Mitgliederzahl in der neuen Organisation. Auf dem Unterbezirkstag sind 272 Delegierte anwesend. Da auf je 75 Mitglieder 1 Delegierter entfallen soll, so multipliziert einfach das „Volksblatt" und erhält so für Halle 20 400 Mitglieder. Da das Blatt für dieses Jahr noch eine solche Tagung ankündigt und dabei schließlich durch irgendwelche Umstände 300 Delegierte anwesend sind, werden wir dann von den riesigen Erfolgen der Neukommunisten in ihrer Werbetätigkeit lesen können, bis — ja bis Moskau eine große Reinigung besteht, weil die Organisation zu umfangreich geworden ist und deshalb nicht alle Mitglieder mit Aemtern versehen werden können.

Erhebend ist auch noch der Aufruf zum Boykott der „Kämpferin", der unabhängigen Frauenzeitung, die vor vier Wochen noch über den Schandauen gelobt wurde. Aber mit der ganzen Organisation muß es ziemlich wacklig aussehen. Ueber den miserablen Besuch der Distriktsversammlungen wird sehr geklagt und einer der Distrikte beantragt sogar ein Strafgeld von 1 Mark von einem jeden Säumigen zu erheben. Von großem Idealismus ist das gerade kein gutes Zeichen, in doppelter Hinsicht sogar. Für die nächste Zeit braucht man von dieser Seite nicht viel zu fürchten, wenn nicht andere Umstände Wasser auf ihre Mühlen leiten.

Die Bergregale.

Die reaktionäre Preußische Landesversammlung.

Die Preußische Regierung legte der verfassungebenden Preußischen Landesversammlung einen Entwurf eines Gesetzes zur Ueberführung der standesherrlichen Bergregale an den Staat vor. Anlaß dazu gab ein dringender Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, worin gefordert wurde, die Regalabgaben an den Knappschaftskassen zwecks Auszahlung der sehr niedrigen Invalidenpensionen, Witwen- und Waisengelder zu überführen. Dieser Antrag wurde angenommen. Der Antrag sah aber für diese Ueberweisung keine Entschädigung an die bisherigen Besitzer der Bergwerke vor, da ihre „Rechte" lediglich auf die „Erfolge" ihrer Ahnen aus den Zeiten des Faustrechtes zurückführen.

Im Entwurf der Regierung wurde nun eine Entschädigung vorgesehen. Die sozialdemokratische Fraktion lehnte deshalb den Entwurf ab, da nach ihm das preußische Volk dem Herzog von Arenberg noch 15 Jahre mit der Summe von etwa 16½ Million tributpflichtig sein sollte. Den Fürsten Salm-Salm sollen noch weiterhin 44 und dem Herzog von Croy 28 Maximalgelder ohne Regalabgaben verliehen werden. Es ist somit keine Ablösung der standesherrlichen Vorrechte aus dem Jahre 1815, sondern eine neue Bevorrechtung geschaffen.

Der Entwurf kam am 19. Oktober d. Js. zur Beratung und wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Als erster Redner sprach der Gen. H. Garbe für die sozialdemokratische Fraktion. Wir lassen seine Ausführungen hier ausführlicher folgen, da ihre Bedeutung in unserem kurzen Bericht von dieser Sitzung nicht erkannt werden konnten.

Garbe (Soz.-Dem.): Meine Damen und Herren, der Berichterstatter, Herr Kollege Reineke, hat erklärt, daß der Ausschuß grundsätzlich die Ablösung nur gegen Entschädigung beschlossen hat. Ich kann hier erklären, daß meine Freunde gegen diesen Gesetzentwurf stimmen werden, und zwar deshalb, weil die in der Vorlage vorgeschlagenen Entschädigungssätze von uns nicht als angemessen bezeichnet werden können. Wenn man bedenkt, was der Herzog von Arenberg

Die Verlobung in St. Domingo.

Erzählung von Heinrich v. Kleist.

Auf diese Aeußerung, bei welcher, trotz aller scheinbaren Milde, der Ingrimm der Alten heimlich hervorbrach, blieb das Mädchen in nicht geringer Bestürzung im Zimmer zurück. Sie kannte den Haß der Alten gegen die Weißen zu gut, als daß sie hätte glauben können, sie werde eine solche Gelegenheit, ihn zu sättigen, unbenutzt vorübergehen lassen. Furcht, daß sie sogleich in die benachbarten Pflanzungen schicken und die Neger zur Ueberwältigung des Fremden herbeirufen möchte, bewog sie sich anzukleiden und ihr unverzüglich in das untere Wohnzimmer zu folgen. Sie stellte sich, während diese verstört den Speiseschrank, bei welchem sie ein Geschäft zu haben schien, verließ, und sich an einen Spinnrocken niedersetzte, vor das an die Tür geschlagene Mandat, in welchem allen Schwarzen bei Lebensstrafe verboten war, den Weißen Schutz und Obdach zu geben; und gleichsam als ob sie, von Schrecken ergriffen, das Unrecht, daß sie begangen, einsähe, wandte sie sich plötzlich, und fiel der Mutter, die sie, wie sie wohl wußte, von hinten beobachtet hatte, zu Füßen. Sie bat, die Knie derselben umklammernd, ihr die rasenden Aeußerungen, die sie sich zugunsten des Fremden erlaubt, zu vergeben; entschuldigte sich mit dem Zustand, halb träumend, halb wachend, in welchem sie von ihr mit den Vorschlägen zu seiner Ueberlistung da sie noch im Bette gelegen, überrascht worden sei, und meinte, daß sie ihn ganz und gar der Rache der bestehenden Landesgesetze, die seine Vernichtung einmal beschlossen, preisgäbe.

Die Alte nach einer Pause, in der sie das Mädchen unverwandt betrachtete, sagte: Beim Himmel, diese deine Erklärung rettet ihm für heute das Leben! Denn die Speise, da du ihn in deinen Schutz zu nehmen drohtest, war schon vergiftet, die ihn der Gewalt Congo Hoangos, seinem Befehl gemäß, wenigstens tot überliefert haben würde. Und damit stand sie auf und schüttete einen Topf mit Milch, der auf dem Tisch stand, aus dem Fenster. Toni, welche ihren Sinnen nicht traute, konnte, von Entsetzen ergriffen, die Mutter an. Die Alte, während sie sich wieder niedersetzte, und das Mädchen, das noch immer auf den Knien dalag, vom Boden aufhob, fragte, was denn im Laufe einer einzigen Nacht ihre Gedanken so plötzlich umgewandelt hätte. Ob sie gestern, nachdem sie ihm das Bad bereitet, noch lange bei ihm gewesen wäre. Und ob sie viel mit dem Fremden gesprochen hätte.

Doch Toni, deren Brust flog, antwortete hierauf nicht, oder nichts Bestimmtes; das Auge zu Boden geschlagen, stand sie, indem sie sich den Kopf hielt, und beriet sich auf einen Traum; ein Blick jedoch auf die Brust ihrer unglücklichen Mutter, sprach sie, indem sie sich rasch bückte und ihre Hand küßte, rufe ihr die ganze Unmenschlichkeit der Gattung, zu der diese Fremde gehöre, wieder ins Gedächtnis zurück, und bezeuerte, indem sie sich umkehrte und das Gesicht in ihre Schütze drückte, daß sobald der Neger Hoango eingetroffen wäre, sie sehen würde, was sie an ihr für eine Tochter habe.

Babekan saß noch in Gedanken versenkt und erwog, woher wohl die sonderbare Leidenschaftlichkeit des Mädchens entspringe, als der Fremde mit einem in seinem Schlafgemach geschriebenen Zettel, worin er die Familie einlud, einige Tage in der Pflanzung des Negers Hoango zuzubringen, in das Zimmer trat. Er grüßte sehr heiter und freundlich die Mutter und die Tochter, und bat, indem er der Alten den Zettel übergab, daß man sogleich in die Waldung schicken und für die Gesellschaft, dem ihm gegebenen Versprechen gemäß, Sorge tragen möchte. Babekan stand auf und sagte mit einem Ausdruck von Unruhe, indem sie den Zettel in den Wandschrank legte: Herr, wir müssen Euch bitten, Euch sogleich in Euer Schlafzimmer zurückzuverfügen. Die Straße ist voll von einzelnen Negertrupps, die vorüberziehen und uns anmelden, daß sich der General Dessalines mit seinem Heere in diese Gegend wenden werde. Dies Haus, das jedem offen steht, gewährt Euch keine Sicherheit, falls Ihr Euch nicht in Eurem, auf den Hof hinausgehenden Schlafgemach verbergt, und die Türen sowohl als auch die Fensterladen auf das sorgfältigste verschließt.

Wie? sagte der Fremde betroffen; der General Dessalines.

Fragt nicht, unterbrach ihn die Alte, indem sie mit einem Stock dreimal auf den Fußboden klopfte; in Eurem Schlafgemach, wohin ich Euch folgen werde, will ich Euch alles erklären. Der Fremde, von der Alten mit ängstlichen Gebärden aus dem Zimmer gedrängt, wandte sich noch einmal unter der Tür und rief: Aber wird man der Familie, die meiner harrt, nicht wenigstens einen Boten zusenden müssen, der sie —?

Es wird alles besorgt werden, fiel ihm die Alte ein, während durch ihr Klopfen gerufen, der Bastardknabe, den wir schon kennen, hereinkam; und damit befahl sie Toni, die dem Fremden den Rücken zukehrend, vor den Spiegel getreten war, einen Korb mit Lebensmitteln, der in dem Winkel stand, aufzunehmen; und Mutter, Tochter, der Fremde und der Knabe begaben sich in das Schlafzimmer hinauf.

Hier erzählte die Alte, indem sie sich auf gemächliche Weise auf den Sessel niederließ, wie man die ganze Nacht über auf den den Horizont abschneidenden Bergen die Feuer des Generals Dessalines schimmern gesehen; ein Umstand, der in der Tat gegründet war, obschon sich bis diesen Augenblick noch kein einziger Neger von seinem Heer, das südwärtlich gegen Port au Prince anrückte, in dieser Gegend gezeigt hatte. Es gelang ihr, den Fremden dadurch in einen Wirbel von Unruge zu stürzen, den sie jedoch nachher wieder durch die Versicherung, daß sie alles mögliche, selbst in dem schlimmen Fall, daß sie Einquartierung bekäme, zu seiner Rettung beitragen würde, zu stillen wußte. Sie nahm auf die wiederholte inständige Erinnerung des Edelen, unter den Umständen seiner Familie wenigstens mit Lebensmitteln beizuspringen, der Tochter den Korb aus der Hand, und indem sie ihm den Knaben gab, sagte sie ihm, er solle an den Möwenweiher, in die nahgelegenen Waldberge hinausgehen, und ihn der daselbst befindlichen Familie des fremden Offiziers überbringen. Der Offizier selbst, solle er hinzufügen, befinde sich wohl; Freunde der Weißen, die selbst viel der Partei wegen, die sie ergriffen, von den Schwarzen leiden müßten, hätten ihn in ihrem Hause mitleidig aufgenommen. Sie schloß, daß sobald die Landstraße nur von den bewaffneten Negerhaufen, die man erwartet, befreit wäre, man sogleich Anstalten treffen würde, auch ihr, der Familie ein Unterkommen in diesem Hause zu verschaffen

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201102-13/fragment/page=0002

gnoher aus diesen Privatregalen gezogen hat, dann erst kann man ermessen, welche Unsummen es sind, die zur Ablösung gezahlt werden sollen. Der Herzog von Arenberg hat bis-her 35 Millionen Mark aus den Privatregalen gezogen. 15 Jahre soll das preußische Volk weiter tributpflichtig werden, und zwar mit der Summe von 16½ Millionen Mark (Hört, hört! bei der Sozialdem. Part.). Da kann man es verstehen, wenn die „Berg- und Hüttenmännische Zeitung", die in Essen erscheint, am 2. September 1916 schreibt:

Diese Berechtigungen, die wie ein Recht aus mittelalterlicher Zeit anmuten, stützen sich auf den Artikel 24 der Deutschen Bundesakte vom 8. Januar 1815 und auf die Bestimmungen der Königlichen Verordnung betreffend die Verhältnisse der damals unmittelbaren deutschen Reichsstände vom 21. Juni 1815, sowie die Instruktion wegen Ausführung dieser Verordnung vom 30. Mai 1820. Diese Instruktion bestimmt unter anderm, daß den Standesherren in ihren standesherrlichen Bezirken die Benutzung ihrer Bergwerke verbliebe, das heißt das Recht, daß die Standesherren gewisse Mineralien ohne Mutung und Verleihung selbst gewinnen oder diese Mineralien nach Maßgabe der Landesgesetze anderen verleihen und von den verliehenen Bergwerken Abgaben erheben dürften.

Die Bergregale haben ihre heutige Bedeutung erst mit der jetzigen Entwicklung des Bergbaues erlangt. In den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts wollte der Herzog von Arenberg dieses Standesrecht mit jährlich 3000 Mark ablösen oder durch eine entsprechend zu fassende Summe. Die Summen, die all in vom preußischen Fiskus in den Jahren 1904 bis 1917 gezahlt worden sind, betragen rund drei Millionen Mark. Dagegen muß sich doch jedes gesunde Rechtsempfinden empören.

Wir sagen, daß es in der heutigen Zeit ein Ding der Unmöglichkeit ist, diese Abgaben durch eine so hohe Abfindungssumme zu gewähren. Wir können solche Rechte nicht anerkennen, Rechte, die aus dem Mittelalter stammen, in dem das Faustrecht galt. Rechte, die sich diese Herren nur mit Anwendung von Gewalt und Hinterlist zu eigen gemacht haben. Diese Herren haben Tausende von Quadratkilom tern erworben, nicht, um sie zu erschließen, sondern um sie zu verschließen oder um die Ausbeutung zu verhindern, damit sie sich selbst Monopolpreise erzwingen konnte. Wer hat denn eigentlich die Bergarbeiter bei der Aufgabe ihrer adligen Vorrechte, die sie früher hatten, entschädigt, für das Vorrecht der Steuerfreiheit, das Recht des Waffentragens usw.? Denen hat man diese Rechte einfach genommen, mit Gewalt genommen, ohne ihnen etwas dafür zu geben. Den Herren aber will man alles geben. Man vergegenwärtige sich, daß wir vor noch gar nicht allzu langer Zeit 22 Fürsten weggejagt haben, ohne ihn n die Zivilrente zu geben, daß wir sie einfach entehrt, daß wir sie enterbt haben — und hier will man diesen nicht regierenden Fürsten geradezu die Finger vergolden! Das können wir keinesweges mitmachen.

Es ist eine Selbsttäuschung, wenn man sagt: es ist eine Ablösung der alten Regalrechte. Man schafft ja hier neue Regalrechte; das ergibt sich aus dem Vertrage des Fürsten Salm. Man will ihm 44 Maximalfelder neu verleihen ohne Regalabgaben. In einer Zeit, in der wir vor der Sozialisierung des Bergbaues stehen, schafft man dort neue Rechte. Und glauben Sie nicht, daß diese Herren bei der Sozialisierung von diesen Rechten zurücktreten werden! Bei dem Abschluß solcher Verträge sollte jenen Herren die Schamröte ins Gesicht steigen. Man vergegenwärtige sich nur, daß die Leute jahrzehnte-, jahrhundertlang Abgaben bekommen haben, für die sie gar nichts ausgegeben haben, die sie sich mit Gewalt angeeignet haben, so können wir diesen Abkömmlingen der früheren Raubritter dieses Recht nicht zugestehen namentlich können nicht in einer Zeit wie der jetzigen Hunderttausende und Millionen von Mark den Bergregalinhabern gezahlt werden, während unsere Kriegsinvaliden darben, während weitere Millionen von Industriearbeitern ebenfalls hungern. Eigenartig ist es besonders, daß sich bei Ausschreiben dieser Entschädigungen noch zwei weitere Herren gemeldet haben, der Fürst Bentheim-Tecklenburg und der Fürst von Rheina-Wolbeck. Hier zeigt sich, daß man diese Bergrechte abgelehnt hat, weil sie nicht vorhanden waren, und nur solche anerkannt hat, die vom Mittelalter her schon zugestanden waren. In einer Zeit, in der die Finanznöte des preußischen Volkes so groß sind, hätte man wir eher erwartet, daß uns die Preußische Staatsregierung einen Entwurf vorgelegt hätte, nach dem diese Regalherren aus ihren früher zu Unrecht bezogenen Regalabgaben wieder etwas zurückgezahlt hätten (Sehr richtig! bei der Sozialdem. Part.), nicht aber eine Vorlage, nach der wir jetzt noch etwas darauf zahlen müssen. Das können wir absolut nicht anerkennen.

Dem zweiten Punkt, der Schaffung eines Fonds für Invaliden werden wir zustimmen, nicht aber diesem Gesetzentwurf. Wenn man schon von einem historischen Recht spricht, so wäre das tatsächliche Recht der Invaliden, der Witwen und Waisen des Bergbaues sicherlich besser begründet (Sehr richtig! bei der Sozialdem. Part.); denen sollten die Regalabgaben zufließen, nicht aber jenen Herren, die sich jahrzehnte- und jahrhundertelang daran bereichert haben.

Zum Schluß will ich noch darauf hinweisen: diese Regalrechte der Standesherren sind ja eigentlich im Jahre 1848 schon abgelöst worden. Sie sind dann wieder aufgelebt und neu geregelt worden. Schon damals ging die Meinung dahin, daß das Bergregal nicht privatrechtlicher, sondern öffentlich-rechtlicher Natur ist, und im Jahre 1848 war der preußische Staat doch jedenfalls reaktionärer, als er jetzt ist. Ich möchte das Hohe Haus daher ersuchen, diese Vorschläge abzulehnen und den Antrag, der von meiner Fraktion gestellt ist, anzunehmen; er geht dahin, die Preußische Regierung zu ersuchen, die Reichsregierung zur Einbringung eines Gesetzentwurfes zu veranlassen, durch den die standesherrlichen Bergregale ohne jede Entschädigung abgelöst werden (Bravo! bei der Sozialdem. Part.).

*

Leider ist der Gesetz-Entwurf mit den Bestimmungen über die Vergleichsverträge angenommen worden und zwar von den Demokraten bis zum Deutschnationalen. Die Bergarbeiter werden bei den kommenden Wahlen hoffentlich diesen Herrschaften die richtige Antwort geben.

Vertiefschädlinge.

Die Zertrümmerung der linkssozialistischen Parteien ist scheinbar vorläufig vollendet. Nun soll es frisch daran gehen, die deutschen Gewerkschaften nach dem Diktat Moskaus durch die kommunistischen Keimzellen zu vernichten. Dieses Attentat wird sicherlich nicht gelingen, denn wir hoffen, daß die deutsche Arbeiterbewegung noch so gesund ist, daß sie eine Entfernung dieser Pestbeulen aus ihrem Körper ertragen kann und danach wieder so gesund wird, daß sie ihre Aufgabe als Kampforgan der Arbeiterschaft voll erfüllen kann.

Neuerdings hat sich nun auch in unserer Partei eine allerdings kleine Gruppe von Leuten daran gemacht, Vorarbeiten für eine Sprengung derselben tun. Es sind dies einige Leute, die in Berlin Westen ihr Domizil aufgeschlagen haben und von dort aus vor einigen Tagen der bezückten Welt mitteilten, daß die sozialdemokratische Partei sich überlebt habe und das sie deshalb eine neue, eine „Reformsozialistische Partei" gegründet haben. Es handelt sich hier um den Gen. Emil Unger, den der Ehrgeiz, berühmt zu werden, nicht schlafen läßt. Wir sind davon überzeugt, daß dieser kindische Versuch von „Parteigenossen" aus den Reihen unserer Mitglieder für eine neue sozialistische Partei zu werben und damit der alten Sozialdemokratie Abbruch zu tun, vollständig wirkungslos bleiben wird. Aber trotzdem halten wir es für unsere Pflicht, die Genossen im Lande auf diese Treiben hinzuweisen. Es unterliegt natürlich gar keinem Zweifel, daß jedes Mitglied der Partei, das sich an dieser politischen Kinderei beteiligt, seine Parteimitgliedschaft verliert. Man kann nicht zweien Herren dienen. Entweder man gehört der sozialdemokratischen Partei an und kämpft in ihren Reihen für den Sozialismus oder aber man scheidet aus ihr aus und kann dann dabei es jedem unbenommen, sich einer der vielen „Revolutionären-Sozialistischen" oder der neuen Reformsozialistischen Partei Emil Ungers anzuschließen.

Wirtschaftskrise.

Der Angelpunkt unserer ganzen äußeren und inneren Politik ist die Wirtschaftspolitik. Jede Partei ist gezwungen, Wirtschaftspolitik und zugleich Steuerpolitik zu treiben, die beide nicht von einander zu trennen sind. Die Maßnahmen der jetzigen bürgerlichen Regierung haben mit einer, im Interesse des ganzen Volkes liegenden Wirtschaftspolitik nichts zu tun. Sie trägt ihre Wirtschaftspolitik nur im Interesse der agrarisch gesinnten Kreise; sie wird dazu gedrängt und getrieben.

Durch die geschickte Regie der in der Landwirtschaft tonangebenden Stellen sind alle bürgerlichen Parteien und die aus ihnen hervorgehende Regierung abhängig von der Propaganda dieser Kreise und so wird Erpresserpolitik am deutschen Volke getrieben. Jeder einzelne frägt sich, wie so etwas möglich ist, und doch ist die Antwort so sehr einfach. Ueberall wiegt noch der Einfluß der Landwirtschaft vor, im Reichswirtschaftsministerium, im Finanzministerium und auch im Reichswirtschaftsrat. Auch im letzteren. Man könnte ihn ohne weiteres als Landwirtschaftsrat bezeichnen da die Vertretung der Landwirtschaft bei weitem überwiegt und die meisten anderen Vertreter, die nicht durch persönliche oder berufliche Verhältnisse mit diesem Teil engliiert sind, doch unter der Hypnose leben, die landwirtschaftliche Produktion heben zu müssen. Und mit welchem Mittel versuchen sie es? Durch größtes Entgegenkommen in der Preispolitik. Da sollte man doch erst mal Untersuchungen anstellen, ob diese Handlungsweise unanfechtbar zur Hebung der Produktion führt.

Ich behaupte auf Grund meiner Erfahrung in einer zwölfjährigen selbständigen Wirtschaftspraxis, daß zurzeit eine Produktionshebung so gut wie ausgeschlossen ist. Lediglich die Witterungsfrage entscheidet! Mangel an Düngemittel, ebenso Arbeitermangel sind nicht vorhanden, nur die ungleichmäßige Verteilung der Düngemittel und Bevorzugung der Großagrarier verlangt energisch eine Sozialisierung dieser Industrie, zumindest die staatliche Beaufsichtigung der Düngemittel. Die gleichmäßige Düngerverteilung ist allein geeignet, eine geringe Produktionshebung hervorzubringen, niemals die bisherige Preispolitik, die der Landwirtschaft ungeheuren Gewinn zukommen läßt. Ein Gebot der Stunde ist die Sozialisierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften, damit der Staat endlich aus der Abhängigkeit von den landwirtschaftlichen Führern herauskommen kann. Ueber diesen Punkt wird ein anderer Artikel noch Näheres bringen. Das geschickte Lamieren der landwirtschaftlichen Vertreter in der Preispolitik, im Gegensatz zu der Unkenntnis der Gegenpartei, bringen eine derartige Preissteigerung, daß alle Lohntarife der Arbeiter und Beamte unzureichend sind. Gedankenlos wird in der bürgerlichen Presse immer geschrieben, daß zum inneren Aufbau Deutschlands Ruhe, Ordnung und Sicherheit herrschen muß und doch wird durch die Preispolitik der Regierung das Gegenteil geschaffen. Die Sozialdemokratische Partei, die in erster Linie berufen ist, Arbeiter, Beamte und die Berufe zu vertreten, die der Unterstützung bedürfen, darf nie und nimmer eine solche landwirtschaftliche Preispolitik führen, sondern nur eine solche, durch die sie die Einigungspartei für alle Konsumenten wird.

A. Kersten.

Auf dem Wege der Verzweiflung.

Von einem Beamten geht uns folgender Notschrei zu:

Die Besoldungsreform, die regierungsseitig versprochen wurde, um die Lebenslage der Beamten entsprechend der Teuerung zu gestalten, ist nach unendlichen Mühen von der Regierung verabschiedet worden. Ein stolzer Bau, der allen Anforderungen gerecht werden sollte, war geplant. Viele Baumeister waren auch daran tätig. Jetzt, wo die letzten Hüllen gefallen sind, ist jedoch jeder enttäuscht. Anstatt, daß Befriedigung geschaffen wurde, sehen wir uns einer altersschwachen Ruine gegenüber. Der große Aufbau ist wieder einmal eine große Enttäuschung für die davon betroffenen Beamten. Die Ausrede, daß keine Zahlungsmittel vorhanden seien, ist eine schwere Täuschung. Schon seit Friedensschluß behauptet die Regierung, eifrig bemüht zu sein, den Preisabbau in die Wege zu leiten, sowie das Kriegsnotopfer und die Kriegsgewinne einzuziehen. Wenn die Regierung von diesen Einnahmequellen jedoch ergiebigen Gebrauch gemacht hätte, wären die Staatsfinanzen nicht auf dem heute zu Tiefstand angekommen. Anstatt den Preisabbau in die Wege zu leiten, sucht anscheinend die Regierung noch Mittel, die Preise auf der Höhe zu erhalten oder gar noch zu steigern.

Es muß uns doch sonderbar an, wenn die Regierung der Landwirtschaft Druckprämien in ungeahnter Höhe gibt, um die notleidende Landwirtschaft anzuspornen, ihre Pflicht zu erfüllen, während auf der anderen Seite die Besoldung der Beamten und Hilfsbeamten ein Hohn auf die Menschheit ist. Warum bei der Landwirtschaft ein freudiges Geben und bei uns ein schroffes Abl hnen? Ist dies etwa der Dank für geleistete Dienste? Oder denkt die Regierung, der Dornröschenschlaf der Beamten dauert noch 100 Jahre? Die Erkenntnis beim Erwachen dürfte bald wie kaufendfältiger Donner die verantwortlichen Männer erschrecken und dieselben zum Bewußtsein bringen, daß die niederrollende Lawine zurückgehaltener Leidenschaften alles mit sich fortreißen und alles auf seinem Weg zertrümmern wird.

Warum zieht die Regierung nicht das Kriegsnotopfer rücksichtslos ein? Dauert es vielleicht, daß die Besitzenden durch die Einziehung eines Teiles ihres Mammons an Einfluß verlieren, oder befürchtet sie, daß dieselben durch die Entrichtung dieser Steuer ebenfalls der allgemeinen Armut zugeführt werden?

Eine derartige Befürchtung ist keineswegs am Platze: hungern und darben, wie ein Beamter mit 650 Mk. monatlich, brauchen diese Herren kaum immer noch nicht. Die Steuererhebungen der Beamten und Arbeiter sind trotz ihrer fürchterlichen Notlage durchgeführt worden. Hier zeigt die Regierung keine einseitige Teilnahme ihren Angestellten gegenüber. Diese wenigstens von den vielen vorhandenen Uebelständen genügen, um endlich den Schleier zu lüften, der es dem Staate ermöglicht, ganze Bevölkerungsklassen zu täuschen und im süßen Schlummer der Teilnahmlosigkeit einzuluken. Warum sorgt der Staat nicht mehr für seine Angestellten? Ist es demselben recht, wenn diese durch Hunger und Verzweiflung zum Aeußersten getrieben werden? Ist es der Behörde gleichgültig, wenn aus Verzweiflung und unverschuldetem Elend sich viele am fremden Eigentum vergreifen, um dann als Staatsrentner dem Vaterland doch Geld zu kosten, das denselben nicht zugestanden wurde, als sie noch als ehrliche Menschen dem Vaterlande ihre Kräfte zur Verfügung stellten? Sind sich die Herren Vorstände der Beamtenorganisationen auch klar darüber, daß es bei den heutigen Verhältnissen keinen anderen Weg gibt, als das zu erzwingen, was uns zu Unrecht versagt wird? Sind sich die berufenen Vertreter der Angestellten und Arbeiter auch bewußt, daß jeder Diebstahl, der durch die Notlage herbeigeführt wird, so wie jeder Todesfall, der durch Unterernährung eintritt, auf die Organisationen zurückfällt? Sind sich die Amtsinhaber der Gewerkschaften auch klar darüber, daß die Kinder der Staatsbeamten mit zerrissenen Kleidern und abgemagert zu Schulen auf die Straße stehen, wo dieselben zum Spott der Klasse werden? Ist es doch im Industriebezirk bald soweit gekommen, daß die Beamten sich schämen, ihre Dienstuniform zu tragen, nur um nicht zu zeigen, daß sie auch zu den Beamten gehören.

Was gedenken die Verbandsvorstände zu unternehmen, um dieser menschunwürdigen Entlohnung zu begegnen?

Hier gehört ein freies Wort hin, Tausende und Abertausende warten auf eine Erklärung; frei und offen muß gehandelt werden, um eine Verbesserung der jetzigen Lage zu erzwingen.

Sollte auch dann noch unser Ruf ungehört verhallen, so muß das Schicksal seine Wege gehen und ein Orkan wird das Trugbild der Zeitzeit hinwegfegen; dann mögen unter den Trümmern Regierung und Vaterland begraben werden, und auf den Ruinen mögen dann die verantwortlichen Männer stehen und sich in Selbsterkenntnis an die Brust schlagen: „Meine Schuld."

Alb. T.

Soziales.

Mängel in der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.

Das am 1. Januar 1913 in Kraft getretene Versicherungsgesetz für Angestellte schrieb in § 183 vor, über die eingezahlten Beiträge werde durch Beitragsmarken quittiert. Diese Vorschrift wurde noch vor dem Inkrafttreten des Gesetzes durch eine Bekanntmachung des Reichskanzlers außer Kraft gesetzt und angeordnet, daß lediglich der Unternehmer, bei dem der Angestellte beschäftigt ist, dieses zu bescheinigen habe, die Beiträge seien an die Versicherungsanstalt für Angestellte eingeschickt worden.

Damit hat der Angestellte noch keinen Nachweis, daß der Unternehmer wirklich die Beiträge an die Versicherungsanstalt entrichtet hat und sie von dieser ordnungsmäßig zu seinen Gunsten verbucht worden sind. Das sah auch die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ein und versprach, den Versicherten regelmäßig jährliche Kontoauszüge zuzuschicken. Diese Kontoauszüge solle der Versicherte prüfen und der Reichsversicherungsanstalt zur eventuellen Richtigstellung ihrer Bücher zurücksenden.

Tatsächlich ist jedoch der Plan, diese Kontoauszüge zu verschicken, niemals durchgeführt worden. Man hatte zwar Ende Juni 1914 angefangen, solche Buchungsauszüge zu verschicken, es aber in den ersten Kriegsmonaten eingestellt, dann um Mitte November 1914 von neuem aufgenommen. Nach dem Geschäftsbericht für 1914 waren bis zum Schluß des betreffenden Berichtsjahres nur 418 177 Kontoauszüge versandt worden, bei den Stand von Ende 1913 wiedergaben.

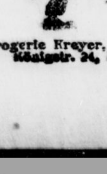
Nach dem Geschäftsbericht für 1915 hatte sich die Zahl der verschickten Kontoauszüge über den Stand von Ende 1913 auf 974 438 erhöht, die zu einem Teil von den Versicherten bereits standen worden waren. Die Reichsversicherungsanstalt teilte die ebenfalls mit: „Für die Richtigstellung der Versicherungskonten haben sich die Kontoauszüge als äußerst wertvoll erwiesen; offenbar haben sie auch bei den Versicherten allgemeinen Anklang gefunden." Weiterhin heißt es: „Mit Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse ist im Berichtsjahr von einer allgemeinen Versendung von Kontoauszügen für den Schluß des Jahres 1914 Abstand genommen worden. Sobald die Geschäftslage es gestattet, wird die zweite Versendung erfolgen und, wenn möglich, gleich für zwei Beitragsjahre, 1914 und 1915."

Diese Absicht ist jedoch nicht ausgeführt worden, denn im Geschäftsbericht für 1916 heißt es kurz und kündig: „Mit Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse mußte im Berichtsjahre von einer allgemeinen Versendung von Kontoauszügen Abstand genommen werden."

Im Geschäftsbericht für 1917 wird berichtet, daß die Versendung von Kontoauszügen noch nicht geschehen sei. Es werde jedoch mit der Versendung für Ende 1917 in den einzelnen Buchungsstellen begonnen werden, sobald die im Januar 1918 eingegangenen Beiträge verbucht sind und das Beitragsjahr 1917 abgeschlossen ist."

Der Geschäftsbericht für 1918 teilt mit, es habe „mit einer allgemeinen Versendung von Kontoauszügen nun erst begonnen werden können, und zwar wurden 115 062 Kontoauszüge versandt".

Auch der jüngst erschienene Geschäftsbericht für 1919 muß wiederum bekennen, daß es noch immer bei der bloßen Absicht der Versendung von Kontoauszügen geblieben ist. Es heißt nämlich: „Im Berichtsjahre konnte eine allgemeine Versendung von Kontoauszügen nicht durchgeführt werden. Die Mitteilung über die Umgestaltung der Buchungsstellen lassen erkennen, daß das Buchungsgeschäft technisch auf eine andere Grundlage gestellt wird.


Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos
Kukirol
100000 fach bewährt
Preis M 1.—
In Apotheken u. Drogerien erhältlich
Drogerie Kreyer, Lindenstr. 55, Drogerie Krüteen Nachf., Königstr. 24, Drogerie Schulze, Bernburgerstr. 32.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201102-13/fragment/page=0003

Umlagen" die besondere Arbeiten, zu denen die Verwendung von Kontoauszügen gezählt wird, mußten infolgedessen unterbleiben. Im Jahre 1920 soll aber sämtlichen Versicherten ein Kontoauszug zugestellt werden, nachdem eine Abstimmung zwischen der Versicherungsanstalt und dem hier geführten Versicherungskonto herbeigeführt und die Anrechnung der Kriegsdienstzeiten sowie die Berücksichtigung von Erziehungszeiten erfolgt ist." Nach den bisherigen Erfahrungen wird man nicht glauben können, daß das Direktorium das immer wiederholte, aber niemals eingelöste Versprechen erfüllen wird.

So journalistisch das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in dieser Beziehung gewesen ist, so erfinderisch es mit seiner Arbeit hinter den Kulissen, sich eine noch größere Macht anzueignen, als es bisher schon besitzt hat. Unter dem Vorgeben, daß für die Versicherten die Selbstverwaltung eingeführt werden müsse, ersinnt das Direktorium nichts anderes, als eine völlige Verbureaukratisierung der Angestelltenversicherung. Das bisherige Gebäudegefahren der Anstalt läßt indes erkennen, daß das Direktorium nicht einmal das Vertrauen gerechtfertigt hat, das man ihm bisher gewährt hat und daß es daher ganz unmöglich ist, diesem Direktorialbureaukratismus weitere Zugeständnisse zu machen. Was erforderlich ist, ist eine wirkliche Selbstverwaltung, d. h. eine Verwaltung der Angestelltenversicherung durch die Versicherten.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Die Abstimmung der englischen Bergarbeiter.

Amsterdam, 1. November. Wie Algemeen Handelsblad aus London meldet wird das Ergebnis der heute beginnenden Abstimmung unter den Bergarbeitern am Mittwoch auf der nationalen Konferenz der Bergleute bekanntgegeben werden.

Cardiff, 1. November. Die Bergarbeiter von Südwales haben gestern beschlossen, den Bergarbeitern der anderen Reviere anzuraten, die vorgeschlagenen Bedingungen abzulehnen.

Die Ersitzerung in Irland wächst.

London, 1. November. Reuter. Amtlich wird aus Dublin gemeldet: Gestern abend wurden auf Polizei und Militär in Irland vierzehn Angriffe ausgeführt. Sechs Polizisten wurden verwundet, acht verwundet, ferner wurden zwei Zivilpersonen verwundet.

Rotterdam, 1. November. Nieuwe Rotterdamsche Courant meldet aus London: Der neunzehnjährige Student der Medizin, der in Dublin wegen Teilnahme an einem Angriff auf die Polizei zum Tode verurteilt worden ist, wurde heute vormittag gehängt. Man sieht in ihm einen neuen Märtyrer für die irische Sache. Gestern abend hatten Tausende vor seinem Gefängnis gebetet.

Und immer wieder Kampf.

Kowno, 1. November. Litauisches Telegraphen-Büro. Die Litauer haben gestern früh in heroischen Kämpfen den Feind hinter die Linie Dubiany-Kreuzung-Simnicis-Roman erst zurückgedrängt. Ein polnischer Flieger hat gestern über Wilkomir Bomben abgeworfen und wurde mit Maschinengewehren beschossen. 11 Zivilisten sind tot, 13 schwer, viele leicht verletzt.

London, 1. November. Reuter. In einer Note der Moskauer Regierung an das britische Auswärtige Amt wird dagegen Einspruch erhoben, daß britische Kriegsschiffe Befehl erhalten hätten, polnischerseits Häfen im Schwarzen Meer und in der Ostsee anzugreifen, da die Moskauer Regierung sie nicht als im Kriegszustand mit Großbritannien befindlich betrachte. Ein andere Note verlangt, daß die englische Regierung die Streitkräfte der Sowjetrepublik von Wrangel und Petljura in Weißrußland und in der Ukraine nicht unterstütze.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von Käse im Talamtschule, am Mittwoch, den 3. November 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelkarte mit den Nummern 69 501 bis 70 500 vormittags von 8—12 Uhr und nachmittags von 2—6 Uhr die Nummern 70 501—72 500. Für jede Person eines Haushaltes werden 115 Gramm zum Preise von 1 Mark abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Städtischer Verkauf von Kerzen, Armee-Konserven mit reichlich Fleisch, Reis, Trockenei, Bratfett und Nährsuppen in der Talamtschule am Mittwoch. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelkarte mit den Nummern 18 001 bis 22 500 vormittags von 8—12 und die Inhaber der Nummern 22 501 bis 27 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an jeden Haushalt 4 Kerzen zum Preise von 4.50 für 4 Stück, ferner an jede Person eines Haushaltes eine Dose Armeekonserven mit reichlich Fleisch zum Preise von 6.50 Mk., ½ Pfund Reis zum Preise von 2.50 Mk., 50 Gramm Trockenei (Ersatz für 5 Eier) zum Preise von 4 Mk., 200 Gramm Bratfett zum Preise von 5 Mk. und ½ Pfund Nährsuppen zum Preise von 50 Pf. abgegeben werden. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Verantwortlich: Für Politik, Parteinachrichten und Gewerkschaftliches Paul Täumel; für „Aus dem Stadtkreis" und Feuilleton Willi Lanke; für Provinz und den übrigen redaktionellen Teil R. Garbe; für die Inserate Wilhelm Herzig, sämtlich in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle Gr. Ulrichstr. 27.

Stadt-Theater
Mittwoch, den 3. Nov., Anfg. 7½, Ed. v. 10 Uhr:
Parsifal.
Donnerstag:
Die Entführung aus dem Serail.

Solbad Fürstenta!
Robert-Franzstr. 10.
Jodradium a. d. Schmiedeebg. Moor- u. medizinischen Bäder.

Dauerhafte
Brieftaschen
in prima Leder und allen Preislagen sehr preiswert.
H. Krasemann
nur Schmeerstr. 19.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Halle.
Revolutionsfeier 1920
am 9. November, abends 7 Uhr, im „Hofjäger", Lindenstr.

Mitwirkende: Frau **Henriette Böhmer** vom Stadttheater, Herr **Walter Henneberg**, Stadttheater, „Freier Sängerchor" und **Görlach-Orchester.**

Festredner: Genosse **Thiele.**

Programme im Vorverkauf zum Preise von 3 Mark im Verlag Gr. Ulrichstr. 27 im Parteisekretariat Harz 42/44, Zimmer Nr. 12 in der Redaktion, Gr. Brauhausstraße 17, und allen Funktionären.

Apollo-Theater
tägl. 7½
In glänz. Ausstattung:
Die **Frau im Hermelin**
Oper. i. 3 Akt v. Jean Gilbert.
In den Hauptrollen:
Else Enera
v. Theater d. Westens, Berlin
Kurt Dissen
v. Operettentheater Bremen.
Vorverkauf 9 – 1. 5–6

Pianinos,
Nußbaum u. schwarz, aus nur allerbestem Material empfiehlt zu billigen Preisen
Albert Hoffmann,
Am Riebeckplatz.

Bei Störungen u. Stockungen der Blutzirkulation gebrauchen Sie sofort bei die erprobten echten **Menstruationstropfen**
„Frebar", extrastark.
Erhöhte, beschleunigte Wirksamkeit durch Doppelflaschen extrastark in Verbindung mit Frebar-Pulver oder Frebar-Tee. Erhältlich in allen größeren Apotheken. Drogerien und einschlägigen Geschäften. Hauptdepots: **Adler-Apotheke,** Geisstr. 15; **Sanitäts-Depot,** Leipzigerstr. 11; **E. Kerkscher,** Leipzigerstr. 41; **Löwe-Drogerie,** Kleiststr. 41; **Waltonsche Nachf.** Gr. Ulrichstraße 30; **Albert Schumann,** Steinweg 46/47; **Fritz Speer,** Große Ulrichstraße 63.
Generalvertrieb: 33
PHARMACOPIA, Berlin C. 19, Wallstraße 26.

F. H. KRAUSE
IN ALLEN FILIALEN
Schweineschmalz
ganz besonders feine Ware
Braunschw. Mettwurst Pfd. 22.00
Jagdwurst Pfd. 16.00
Ia. Würstchen Paar 2.00

Reine Pfirsichmarmelade
„ Aprikosenmarmelade
„ Pflaumenmarmelade
„ Himbeermarmelade
„ Apfelmarmelade
„ Kirschmarmelade
„ Reineclaud.-Marmel.
„ Stachelbeer-Marmel.
Weissenfelser Marmeladenfabrik
Ladenverkauf: Jüdenstrasse 27.

Konsumverein für Weißenfels-Naumburg u. Umg. e. G. m. b. H.
Zu der am **Donnerstag, den 4. November 1920,** abends 8 Uhr, im **„Tivoli"** Weißenfels stattfindenden
Generalversammlung
ergeht hierdurch an alle Mitglieder Einladung
Der Aufsichtsrat.
August Elebowik, Vorsitzender.
Die Bilanz für 1919/20 liegt von heute ab zur Einsichtnahme im Büro, Schillerstr. 6, aus.
Anfragen an den Vorstand, die in der Generalversammlung gestellt werden sollen, unterbreite man uns bitte wenigstens zwei Tage vor der Generalversammlung, damit wir eventuelle notwendige Unterlagen zur Stelle schaffen können.
Der Vorstand.

Ich bin beim Land- und Amtsgericht
als Rechtsanwalt zugelassen
und übe die Praxis gemeinschaftlich mit meinem Vater, Geheimen Justizrat Elze und Rechtsanwalt Dr. Starke aus.
Unsere Kanzlei befindet sich Rathausstr. 14 II.
Dr. Hans Elze, Rechtsanwalt.

Einer sagt's dem andern!

Reis, Ia. Qual.,	1 Pfd. 6.20 6,00 5,80	5,20 Mk
Bohnen, weiße, gut kochend	1 Pfd.	2,40 Mk.
Erbsen, grüne, gut kochend	1 Pfd.	2,40 Mk.
Erbsen, gelbe, gut kochend	1 Pfd.	2,80 Mk.
Linsen, Ia Qual.	1 Pfd. 5,80 und	4,80 Mk.
Hafertlocken, vorzüglich	1 Pfd.	2,20 Mk.
Mais-Griess, vorzüglich	1 Pfd.	3,40 Mk.
Margarine, allerfeinste	1 Pfd.	14,00 Mk.
Ia. deutsche Waschseife	2 Stück	5,60 Mk.
Ia. deutsche Toilettenseife	1 Stück	3,10 Mk.
Kornkraft, Linde, Geelig	1 Pfd.	3,50 Mk.
Frank-Kaffee-Zusatz	½ Pfd.	1,90 Mk.
Streichhölzer, beste	1 Paket	3,25 Mk.
Ia Hühner-Trocken-Voll-Ei	50 Gr.	2,40 Mk.
Ia. Kunst-Honig in Päckch. u. lose	1 Pfd.	7,00 Mk.

Otto Bornschein, G. m. b. H., Mittelstr. 21.

Bei Einkäufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich stets auf die Inserate in der „Volksstimme" zu beziehen.

Auf Kredit!
Anzüge, Ulster, Möbel.
Küchen, Schlafzimmer, einzelne
Leichte Zahlungsbedingungen.
Carl Klingler, Leipziger Straße 11 nur 1 Treppe, Eingang Sandberg.

Wringmaschinen
repariert und legt neue Walzen ein
Otto Saarmann, neben Walhalla. Fernspr 6504.

Soeben erschien:
Ratgeber für Kriegshinterbliebene
nach dem neuen Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920, herausgegeben von Regierungsrat **Erich Rossmann** zum Preise von Mk. 5.40
Inhalt:
I. **Die Rentenversorgung**
II. Die Kapitalabfindung der Witwen zum Erwerbe eigener Grundbesitz.
III. Die Versorgung der Hinterbliebenen-Ansprüche vor den Militärversorgungsgerichten.
V. Die Steuervorrechte der Hinterbliebenen.
V. Die soziale Kriegshinterbliebenenfürsorge.
VI. Die Ansprüche der Kriegshinterbliebenen aus der Invalidenversicherung der Reichs-Versicherungs-Ordnung.
Anhang: Uebersicht über die Höhe der Renten der Hinterbliebenen.
Verlag der Volksstimme, Gr. Ulrichstraße 27.

Familien-Nachrichten.

Deutscher Eisenbahner-Verband.
Halle a. S.
Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, unseren Mitgliedern abermals von dem Ableben eines Kollegen Kenntnis zu geben.
Als ein Opfer seines Berufes starb am 29. Oktober 1920 der Kollege
Rangierer Andreas Becker.
Sein Andenken bleibt in Ehren.
Die Ortsverwaltung.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 4. Novbr. 1920, nachm. 2 Uhr, auf dem Nordfriedhofe statt. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Durch einen bedauerlichen Unglücksfall starb unerwartet am 30. Oktober 1920 unser lieber Kamerad, der
Unterwachtmeister Erich Knopf
von der 5. Hundertschaft im blühenden Alter von 26 Jahren.
Seit 27. 4. 20 der Sicherheitspolizei angehörend, berechtigte der Verstorbene durch sein pflichtgetreues, gewissenhaftes Wesen zu den schönsten Hoffnungen.
Er war durch sein frisches Wesen bei allen, die ihn kannten, außerordentlich beliebt.
Wir werden diesen braven Kameraden nie vergessen.
Im Namen der
I. Polizei-Abteilung Halle.
Ulrich
Major und Kommandeur.

Bekanntmachung.

Befreiung der Hydranten von Schnee.

Es ist wiederholt festgestellt, daß nach eingetretenem Schneefall der von den Bürgersteigen und Fahrdämmen zusammengekehrte Schnee auch auf den Hydranten, Schiebern und Spülvorrichtungen der städtischen Wasserleitung zusammengehäuft wird.

Im Interesse, besonders des Feuerlöschwesens, wird daher hiermit untersagt, die vorbenannten Herrichtungen mit Schnee zu bedecken. Die Lage der Hydranten ist durch rechteckige blaue, die engen der Schieber durch runde weiße und an sich die Lage der Spülvorrichtungen durch rote Schilder an den Gebäuden kenntlich gemacht.

Weißenfels, den 30. Oktober 1920.

Der Magistrat.

Weißenfels

Stellen finden.

Stenotypistin
und sichere Maschinenschreiberin sucht für Nachmittagsstunden geg. Meldungen mit handschr. Offerte im Verlag Volksstimme, G. m. b. H., Gr. Ulrichstr. 27.

Für
Revolutionsfeiern.
Zwei Prologe zum 9. Nov. von Karl Bröger.
Preis 50 Pfg.
Ausserdem:
Ein Grundriss für eine Festansprache, nebst einigen Festprogrammen und Gedichten.
Preis 1.50 Mk.
sowie für beide Broschüren 20% Buchhandelsaufschlag.
Herausgeber:
Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,
Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.
Zu Beziehen durch die
Buchhandlung der „Volksstimme",
Gr. Ulrichstrasse 27.

Pelzwaren
Neu- u. Umarbeitungen. Reparaturen aller Art.
Spez. Gehpelze,
nur fachmännische Kürschnerarbeit.
Zahle für
Winter-Hasenfelle
Fell bis 10 Mark.
Fr. Halle Kürschnerei u. Fellhdlg., Breitestr. 6. Tel. 4377

Schluss der Anzeigen-Annahme 10 Uhr.

Mutterschutz!
Sorgenfreie Ehe. Verlangen Sie im eigenen Interesse umsonst Prospekt Nr. 13 von P. Schwärecke, Heilstedt.

Große Rollen
Klosettpapier
empfiehlt zum Preise von
1,10 u. 1,40 Mk.
Buchhandlung der
Volksstimme
Gr. Ulrichstr. 27

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201102-13/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Gemeinschaftliche Vorstandssitzung des Bezirksverbands Halle und des Vereins Halle am Dienstag, den 2. Nov., abends 6 Uhr, in Wildorfs Gesellschaftshaus. J. A.: Drescher, Büchl.

Funktionärsitzung. Am Mittwoch, den 3. November, abends 8 Uhr, in Wildorfs Gesellschaftshaus Funktionärversammlung. Stellungnahme zur außerordentlichen Bezirkskonferenz. Pünktliches Erscheinen ist dringend notwendig. Der Vorstand.

Frauenversammlung. Am Freitag, den 5. November 1920, abends 7½ Uhr, im großen Saal des Schützenhaus Restaurant, Merseburger Straße 10. Thema: Berichterstattung vom Sächsischen Frauentag in Cossel. Referentin: Genossin Marie Wiegand. Gäste sind zu dieser Versammlung herzlich eingeladen. Der Vorstand.

Freier Sängerchor Halle. Mittwoch, den 3. November, 7 Uhr abends in „Stadt Dresden", Kaiserstr. 10. Probe. Anschließend: Bericht und Entschließung über Eingänge. Erforderlich ist das pünktliche Erscheinen aller Mitglieder. Der Vorstand.

Aus dem Stadtkreis.

Halle 2. November 1920.

Sitzung der Stadtverordneten

am 1. November 1920.

Zwei unabhängige Fraktionen — Die Kartoffelnot — Die Forderungen der städt. Hilfsangestellten.

Die gestrige Stadtverordnetensitzung zeigte bei ihrer Eröffnung auf der linken Seite ein völlig verändertes Bild. Die feindlichen unabhängigen „Brüder" haben sich nun von einander gelöst und besonderte Fraktionen gebildet. Im geschlossenen Zuge sind die „Moskauer" auf die äußerste linke Seite des Hauses gerutscht. Sie sind damit aber auch als Vertreter der „erdrückenden Masse" der hallenschen Bevölkerung zu einem fast verschwindenden Häuflein zusammengeschossen und zählt nalles in allem nach 10 Getreue. Ob sie während der Erkenntnis dieser Zwergenhaftigkeit schon geklopfen vor den eigen n „Taten" bekommen haben? Sie haben ja nun den einen einzigen, tärglichen Trost „Klein aber fein!" Alles in allem präsentierte man oben Leuten der Stadt Halle sehr anschaulich den Erfolg der erst kürzlich beendeten radikalen „Reinigung" der Partei. Für den zuschauenden Arbeiter auf der Galerie wird dieses Schauspiel jedoch nur einen flüchtigen Eindruck hinterlassen haben, denn es kann nicht mit der Feder beschrieben werden, wie das Lächeln der geschlossen für die andere Weltanschauung kämpfenden bürgerlichen Vertreter auf den Beschauer wirkte. Selbverständlich und das war vorauszusehen — bezeichnet sich Herr Bowitzki wieder darauf, daß er und seine Fraktion die „große Masse" der hallenschen Wähler vertritt, während die end ren — seiner Meinung nach, die Abtrünnigen — Führer ohne Soldaten seien. Wir wollen diesen Wettstreit um die Popularität gern den Halb- und Unterradikalen überlassen. Interessieren dürfte es jedoch die Oeffentlichkeit, daß von den zehn Mitgliedern der ehemaligen Fraktion nur zwei Vertreter, als, direkt aus der Wahlschlacht emporgestiegen, betrachtet werden dürfen und zwar der Maurer Hahne und der Architekt Knauthe. Die übrigen „direkten" Vertreter „aus den großen Wählermassen" gehören entweder dem Stabe des „Volksblattes" an (hier) oder sie stammen aus der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbürokratie. Auf die praktische Zusammenarbeit dieser beiden Fraktionen darf man wohl etwas neugierig sein. Gestern bot sich den Moskauern zweimal die Gelegenheit, die stärkere Fraktion der „Rechten" zu dirigieren. Ausschlaggebend für diesen kleinen Triumpf der „Linken" war, daß die „Hilfserdinger" das kämpfende Bestreben zeigten, mindestens ebenso „radikal" zu sein, wie die „Radikalen". — Ein einziges Mal wagte es Herr Kürbs seine Schicht zu verlassen, diese Suggestion abzuschütteln und gegen jede nichtige Sache zu stimmen, die den Moskauern genehm war. Er wird bestimmt diese unerhörte Kühnheit damit bezahlen müssen, daß er im heutigen „Volksblatt" hart und fertig abgeschlachtet und als „Arbeiterverräter" unbarmherzig zugerichtet, den Lesern dieses Blattes vorgelegt wird.

Zu einer längeren — leider fruchtlosen — Aussprache kam es bei der Behandlung eines von den Demokraten eingebrachten Antrages, den Magistrat zu ersuchen, die Kartoffelversorgung der hallischen Bevölkerung sicherzustellen. Der arme Magistrat soll also nun mit aller Gewalt den verfahrenen Karren der gleichen „freien" Wirtschaft aus dem — sagen wir mal — Kartoffeldreck ziehen. Herr Minner begründete den Antrag. Es wirkte wahrhaft erfrischend, wie dieser verbissene Anhänger der Freihewirtschaft, der dickköpfigen Bauern ins Gewissen zu reden versuchte. Allen Bürgern aber, denen der Magen knurrt, weil sie nicht die genügende Menge dieses Volksnahrungsmittels erschwingen können, muß gesagt werden, daß die Jammerarie des Herrn Minners eine Selbstanklage war und zugleich ein Schuldig-Spruch über sich selbst, wie über das ganze von ihm sowie allen Bürgerlichen vertretene System. Zu einem wirklichen Protest gegen die jetzige Ernährungswirtschaft konnte sich jemand „Rotenkehlchen" Herms hat man sich merkwürdiger Weise gestern im Stadtparlament nicht aufgeraffelt. (Die Provinz Hannover tat dies bereits. D. R.) Trotzdem wäre es doch sehr angebracht, daß es diesem Herrn Hausenblasch, aus allen Gegenden des Reiches, in die Ohren schreite, wie groß die Not des Volkes durch ihre verbrecherische Wirtschaft geworden ist; und warum man nicht an Stelle der Zwangswirtschaft eine planmäßige Erfassung geschaffen hat.

Bei Beratung eines unabhängigen Antrages, dahingehend den Forderungen der streikenden städtischen Hilfsangestellten soweit wie möglich entgegenzukommen werden soll, geigelt sich der Herr Minner in der Rolle eines mutigen Attackierers gegen die „Faulheit" der betr. Angestellten. Er führt vor, einen Teil dieser Leute zu entlassen. Trotzdem geht er zu, daß die bisherige Entlohnung der Angestellten sei gering war. Nach Minnerscher Logik sollte demnach ein Teil dieser Leute, die wegen der mangelnden Entlohnung schon sowieso im Elend stecken, in die noch tiefere Not der Arbeitslosigkeit gestoßen werden. Sie müßten dann vorkommen, denn gerade diese Familien sind auf einen derartigen Schlag am wenigsten gewappnet. Ob sich die Angestellten das bieten ließen? Wir glauben es nicht! Herr Minner kann eben auch nicht den gordischen Knoten unserer Not lösen, denn er ist nun einmal kein Alexander. Daß er dann aber, weil sein Lösungsversuch fehschlagen mußte, gegen den Antrag stimmte (der doch nur ein Entgegenkommen forderte! D. R.), werden die betreffenden Angestellten hoffentlich niemals vergessen!

*

Vorsteher Hennig eröffnet die Sitzung und gibt die vorliegenden Eingänge bekannt.

Vom Hallschen Lehrerverein liegt eine Entschließung vor, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß bei der Wahl des Stadtschulrates nur nach pädagogischen Gesichtspunkten verfahren werden soll. Der in Betracht kommende Bewerber müsse dafür Garantie bieten, daß er im Sinne einer baldigen Durchführung der Einheitsschule arbeiten wolle. Das Gesuch wird dem Wahlausschuß überwiesen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Vorsteher folgendes bekannt, daß sich die bisherige Fraktion der U.S.P. gespalten hat. Es sind zwei neue Fraktionen gebildet worden. Der sogenannten „Rechten" haben sich 17 Vertreter angeschlossen, während sich unter der Fahne „Moskau" 10 gesammelt haben. Da sich nun die Behandlung der Frage einer Neukonstituierung des Vorstandes notwendig macht, wird beschlossen, diesen Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen. Bekanntlich soll die stärkste Fraktion den ersten Vorsitzenden stellen. Bisher kam dieser Sitz der U.S.P. zu. Jetzt hat sich aber das Kräfteverhältnis völlig verschoben. Die stärkste Fraktion ist jetzt die der Demokraten (20 Mitglieder), es folgen U.S.P.-Rechte (17), Deutschnatl. (13), U.S.P.-Linke (10), Sozialdemokraten (6).

Die durch das Ausscheiden der Stv Frau Schmidt, Binner und Hildebrandt freigewordenen Stellen in den verschiedenen Deputationen und Ausschüssen werden durch Ersatzwahl neu besetzt.

Aus dem Fonds zur Förderung von Kleinwohnungen werden zum Ausbau einer Gastwirtschaft zwecks Herstellung von Kleinwohnungen 10 000 Mk. nachbewilligt.

Beschaffung von Heizmaterial für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene.

Nachdem von der städt. Fürsorgestelle für die Kriegshinterbliebenen schon mehrfach Verhandlungen mit einzelnen Kohlenwerken, wie mit den Syndikaten dieser Werke stattgefunden haben, die aber leider zu keinem erfolgreichen Ende führten, wurde, um den berechtigten Wünschen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen entgegenzukommen, folgender Beschluß gemacht:

1. Kriegshinterbliebenen mit eigenem Hausstande im Bedürftigkeitsfalle eine Kohlenbeihilfe von 100 Mk. aus Kriegswohlfahrtspflegemitteln zu bewilligen.

Als Bedürftigkeitsgrenze wird für eine alleinstehende Kriegerwitwe ein Monatseinkommen von 400 Mk. einschließlich Rente angenommen, für das erste Kind werden 150 Mk., für jedes weitere Kind bis zum 16. Lebensjahre 50 Mk. hinzugerechnet. Für Kriegereltern werden 350 Mk. monatlich als Bedürftigkeitsgrenze festgesetzt.

2. Kriegsbeschädigten, die erwerbsunfähig oder in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkt sind, und daher ein verringertes Einkommen haben, aus den Beständen der Ortskohlenstelle 10 Zentner geschnittenes Holz zum Preise von 5 Mk. für den Zentner zu verabfolgen.

Die Ortskohlenstelle hat sich bereit erklärt, die benötigten Mengen zum Selbstkostenpreise von 10 Mk. für den Zentner abzugeben. Der Unterschiedsbetrag zwischen Abgabe- und Selbstkostenpreis in Höhe von 5 Mk. für den Zentner soll dem Kapitel XXIV, 14 des Haushaltsplanes entnommen und der Ortskohlenstelle erstattet werden. Da angesichts 1100 bis 1200 Empfangsberechtigte in Frage kommen, ist mit einem Zuschuß von 55 000 bis 60 000 Mk. zu rechnen.

Bezugsberechtigt sollen sein alle Kriegsblinden und die 100 Prozent erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten ohne Rücksicht auf ihr Einkommen, alle übrigen Kriegsbeschädigten mit einem Arbeitsverdienst von unter 600 Mk. monatlich ohne Berücksichtigung der Rente.

Die Versammlung stimmt dem Vorschlage zu.

Einem vom Magistrat vorgeschlagenen Landerwerb wird zugestimmt.

Für die Instandsetzungsarbeiten eines Schuldaches werden 16 600 Mark bewilligt.

Nach den vorgelegten Berichten macht sich eine Reparatur der Heizungen in einzelnen Schulen unbedingt nötig. Es werden hierfür 70 000 Mk. ausgeworfen.

Zur Herstellung von Lichtanlagen an sieben städtischen Schulen werden zu den schon genehmigten 33 75 Mk. noch 23 575 Mk. nachbewilligt. Da vorhersehbarer Zeit mit einer Besserung unserer Kohlenversorgung nicht zu rechnen ist, wird beschlossen, die für Steinkohlenfeuerung eingerichteten Heizungsanlagen für Braunkohlenfeuerung umbauen zu lassen. Es soll die verhältnismäßig leicht herbeizuschaffende Feuerbraunkohle verwendet werden. An Kosten machen sich insgesamt 310 000 Mk. erforderlich. Einem vom Magistrat gestellten dementsprechenden Antrag stimmt die Versammlung zu.

Nachbewilligungen.

Es werden hierauf für eine Reihe den vorangeschlagenen Betrag überschreitenden Kapitel des Haushaltsplanes Nachbewilligungen vorgenommen. So für das Arbeitsamt, Salzgrafenstraße, (5000 Mk.), Umbau eines Gruftgewölbes in der Riebeckstraße (25 500 Mark), Kapitel VII B II 14 (3500 Mk.), Zoolog. Garten (20 000 und 32 000 Mark), Bad Wittekind (88 667 Mk.).

Es folgt hierauf eine große Anzahl

kleiner Vorlagen.

Der Anschaffung eines Zylinderapparates wird zugestimmt. (Kosten 2000 Mk.). Dem Wohlfahrts- und Schulverein in Flensburg wird gegen die Stimmen der Unabhängigen eine einmalige Beihilfe von 300 Mk. bewilligt. Ein Gesuch der sozialistischen Proletarierjugend, um Überlassung der ehemaligen Kinderwahrsanstalt, St. Klausstraße, als Jugendheim, wird mit den Stimmen einiger Unabhängiger abgelehnt. — Es liegen dann weiter noch einige persönliche Bittgesuche vor, die jedoch meistens abgelehnt werden.

Gen. Grauenhorst vertritt ein Gesuch der ständigen Magistratsangestellten, die beantragen, einen Vorschuß von 100 Mk. bis zum nächsten Rechnungsjahre und den auf einmal zu zahlenden Betrag der in der Besoldungsordnung vorgesehenen Erhöhung.

Da es sich bei dieser Sache um größere Summen handelt, wird beschlossen, das Gesuch dem Sozialen Ausschuß, wie dem Haushaltsausschuß zur schleunigen Bearbeitung zu überweisen.

Es kommt dann ein Dringlichkeitsantrag der Demokraten zur Verhandlung, in welchem der Magistrat ersucht wird,

die Kartoffelversorgung

der hallischen Bevölkerung sicherzustellen.

Stv. Minner begründet den Antrag und stimmt ein Klagelied über die Hartherzigkeit der Bauern an. Trotz der reichen Kartoffelernte habe man in Halle bisher sehr wenig von diesem Segen gemerkt. Es sei unerhört, daß man heut. 40 Mk. für einen Zentner Kartoffeln bezahlen müsse und dem noch darüber erstaunt sein muß, wenn man überhaupt solche bekommt. Mit Pathos erklärt Herr Minner weiter: „Wir können nun auch für nichts mehr garantieren, wenn sich schließlich einmal die Wut der Städter über die Bewucherungsmaßnahmen Luft macht. Ich erhebe hiermit öffentlich Protest gegen das volksfeindliche Gebahren der Landwirte.

Stv. Gelhaar weist darauf hin, daß die platonischen Proteste des Herrn Minner nichts helfen können. Der „freie" Handelsverkehr eben völlig. Er schildert dann die Lage in den uns umgebenden Kartoffelerzeugergebieten etwas näher und führt dabei an, daß mit der Kreisbauernschaft des Saalkreises bisher Abmachungen getroffen wurden, nach denen die Vertragslieferungen zum Preise von 25 Mark pro Zentner abgegeben werden sollen. Bisher stehe das jedoch noch alles auf dem Papier.

Der unentwegte Vertreter der Agrarier, der Deutschnationale Professor Steinbrück, versucht zu „beweisen", daß wir (die Städter) selbst die Schuld daran tragen, wenn wir keine Kartoffeln bekommen. Hätte sich die Bevölkerung eher um die Lieferung bekümmert, so hätte sie „billige" — Kartoffeln in reichlichen Mengen erhalten. Die Klage des Herrn Minner sei hier nicht am Platze, denn es werde damit die Kluft zwischen Stadt und Land nur noch vergrößert! (Die hallsche Bevölkerung hat also damit einen ganz besonderen Trost von diesem seltsamen „Stadt"-verordneten bekommen. D. R.)

Stv. Osterburg weist die auf die städtische Kartoffelbewirtschaftung gerichteten Angriffe zurück.

Stv. Kürbs will schärfere Maßnahmen gegen die Wucherer ergriffen wissen.

Gen. Dörtscheid weist darauf hin, daß das Gebahren gewisser Kreise, wonach die hohen Schleichhandelspreise lediglich eine Folge der Zwangswirtschaft gewesen seien, durch die heutigen Verhältnisse gründlich widerlegt wird. Wenn hier nicht so bald wie möglich helfend eingegriffen wird, so bleibt eben nur der Weg der Selbsthilfe übrig. Das Beispiel von Kassel zeigt, daß die Selbsthilfe sehr reinigend in dieser unerträglichen Schwüle wirken kann.

Der gestellte Antrag wird sodann angenommen.

Die Unabhängigen bringen einen Antrag ein, in dem der Magistrat ersucht wird, den

Forderungen der streikenden Hilfsangestellten

so weit wie möglich entgegenzukommen.

Stv. Günther begründet den Antrag und zeigt an einigen Zahlenbeispielen, wie traurig diese Angestellten entlohnt werden. Es sei nicht zu verstehen, daß der Magistrat diese sozial so gerechten Forderungen bisher noch nicht bewilligt hat und es lieber auf einen Konflikt ankommen ließ. (Es gibt hier Angestelltenkategorien, die nur wenig über 400 Mark pro Monat verdienen! D. R.)

Bürgermeister Sendel entwirft ein Bild über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen und führt dabei u. a. folgendes aus:

Der Magistrat hatte beschlossen, die Gehälter um 10 Prozent zu erhöhen, sowie eine monatliche Teuerungszulage von 40 Mk. und eine Kinderzulage von 20 Mk. zu zahlen. Die Arbeiter sollten die gleiche Teuerungszulage bekommen. Heute abend noch erwarten wir nun einen Dringlichkeitsvorschlag, wonach außer der Gehaltserhöhung 60 Mk. Teuerungszulage und 10 Mk. Kindergeld zu zahlen sind. Die Arbeiter sollen die gleichen Zulagen in wöchentlichen Raten erhalten. Alles in allem betragen die Mehraufwendungen 1 250 000 Mk. Gedeckt werden muß diese Ausgabe mit einer Erhöhung der Realsteuer (40 Proz.).

An die Ausführungen des Bürgermeisters schließt sich noch eine längere Aussprache, in der sich besonders die Vertreter der Linken und der „Demokrat" Minner gegenseitig bekämpfen.

Begehrend für Herrn Minner ist, daß er diese so brennende Frage einsach damit „lösen" will, indem er vorschlägt, die Zahl der Angestellten ganz erheblich zu reduzieren und mit den dann ersparten Gehältern die neuen Forderungen zu decken. Diese seltsame Auffassung begründet er damit, daß die Angestellten in den Straßenbahnausgaben z. B. nicht wissen, was sie vor Langeweile tun sollen. (Die Angestellten mögen diesem Herrn darauf bei Gelegenheit die richtige Antwort geben. D. R.)

Da noch lange kein Ende der von nun ab fruchtlosen Debatte vorauszusehen ist, stellt Gen. Müller einen Schlußantrag welcher angenommen wird, worauf zur Abstimmung geschritten wird.

Die Abstimmung ergibt dann, daß der Antrag angenommen wird.

Die Stadtverordnete Minner und noch einige „Demokraten" stimmen dagegen. (Diese wollen also nicht, daß der Magistrat den Angestellten entgegenkommt! D. R.)

Es wird hierauf in die nichtöffentliche Sitzung eingetreten.

Gewerkschaftskartell Halle.

Sie kippen um . . .

In seiner letzten Sitzung am vergangenen Freitag hat das Gewerkschaftskartell den hallischen Gewerkschaftsvorständen wieder eine Gastrolle gegeben, wie wir sie in den letztvergangenen vier Monaten in verschiedenen Auflagen erlebt haben. Zum sozialpolitischen Male stand die Frage der Zusammenfassung der Betriebsräte in Verbindung mit einem Bericht vom Reichsbetriebsrätekongreß auf der Tagesordnung. Berichterstatter hierfür war der neue (rechtsunabhängige) Gewerkschaftssekretär Wielepp. Ohne dem Bericht irgendwie vorgreifen zu wollen, muß es doch einigermaßen seltsam an, wenn der Kartellvorstand es überhaupt nun noch für erforderlich hält, diese Angelegenheit in einer Kartellsitzung nochmals von Grund auf zu behandeln. „Ganz unsere Ansicht" werden die Herren von der V. R. O. mit Verzückung auf die bekannte „Urkraft mung" vom 29. 8. 1920 sagen. Gemach ihr Tapferen, ganz so ist's nicht. Aber die logische Folge der Reichskongreßschlüsse müßte doch sein, daß demgegenüber alle übrigen örtlichen Beschlüsse zurückstehen, weil man dort von Vertretern aus dem ganzen Reiche die Lage bei den Betriebsräten viel besser übersehen konnte, als es bei den kleinen Horizont der V. R. O.-Kämpfer überhaupt möglich war. Und demzufolge bleibt es eine Eigentümlichkeit des Kartellvorsitzenden, wie er als Vorsitzender eines Orts-Ausschusses der A. D. G. B. es fertig bringt, Beschlüsse dieser Korporationen so mir nichts dir nichts denjenigen kleiner Inselvölker hintanzustellen. Oder sollte doch etwas anderes mitspielen? Hat der Vorsitzende Winkler vielleicht aus den Ereignissen der letzten Zeit etwas für seine Person herausgefunden? Seltsam bleibt es auf jeden Fall, daß ausgerechnet Winkler in der Sitzung bereits dem neuen Gewerkschaftssekretär Wielepp die letzte Stütze entriß. Unsere Leser werden noch die Kämpfe um die Frage in gutter Erinnerung haben, wie der Kartellvorstand allen nur erdenklichen Widerwärtigkeiten von seiten des hallschen rrrevolutionären Proletariats gerade wegen seiner der Masse gezeitigen (und ausnahmsweise vernünftigen) Meinung ausgesetzt war. Darum muß es um so eigentümlicher anmuten, wenn Winkler, nichtachtend seiner früheren Meinung, heute einen Kuhhandelsvorschlag macht, der geeignet ist, die hallschen Gewerkschaften, die gegen die selbständige Räteorganisation sind, den Fanatikern der V. R. O. auszuliefern. Winkler schlägt nichts weniger vor, als die V. R. O. im Kartell gewissermaßen aufgehen zu lassen, ein Sekretär der V. R. O. ins Kartell zu übernehmen, der vollständig selbständig die Räteorganisation zu bearbeiten hat. Wie lang so etwas zug mutet werden, wenn man als Brennpunkt dieser Kämpfe um diese Sache gilt? Seine Ueberzeugung kann es nicht sein, oder will man das Ausschuß zur Fahrt nach Moskau vergessen?

Uns will es ganz so scheinen. Aber, Genosse Winkler, ganz so wird die Kiste sich nicht transportieren lassen, auch dann nicht, wenn man den Arbeiterleitern Grabow noch ins Treffen führt und damit gewissermaßen seinem eigenen Kollegen einen Faustschlag ins Gesicht versetzt. Oder — — —? Wir sind nun einmal so vermessen, hinter jedem Tun ein Hintertürchen zu vermuten. Lassen wir es für heute genug sein mit unseren Betrachtungen. Die Zeit wird lehren, ob die auf einem Inselsitzenden hallschen Proletarier die Revolution mit ihrem Tun vorwärts treiben können. Berlin ist noch dem Kongreß als erste zur Besinnung gekommen. Vielleicht, hoffen wir es, wird es eines Tages auch das hallsche Proletariat einsehen, daß man nur auf dem Wege entschlossener und vernünftiger Gewerkschafts- und Sozialpolitik und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201102-13/fragment/page=0005

gleichwertiger Arbeit und nicht durch phrasenhafte Diktaturen zur Gesundung der Verhältnisse des deutschen Arbeiters kommt. Der Weg allerdings ist weit, aber er führt nicht über — Moskau.

Das Frauenwahlrecht und die Deutsche Volkspartei. Die Stellung dieser Partei zum Frauenwahlrecht ist ja bekannt. Daß die Gegnerin der Gleichberechtigung der Geschlechter überhaupt ist, wird ebenfalls jeder wissen, der die Politik der Vorläufer der „Volkspartei" verfolgt hat. Auf dem Landesparteitag der D. V. P. der gegenwärtig in Halle stattfindet, ist von einer Frau von Oheimb der Ausspruch gefallen: Man könnte es für traglich halten, ob die Verleihung des Wahlrechts für die Frau ein Glück war —. Wir sind ganz der Ansicht, daß das Frauenwahlrecht für die Damen dieser Kreise völlig unzweckmäßig ist; für die werktätige Frau aber ist es eine bitter Notwendigkeit. Während jene Frauen Politik als Salonspiel betrachten und sie den größten Teil ihres Lebens damit ausfüllen, den auf mehr oder minder undurchsichtige Art „erworbenen" Reichtum ihrer Männer auf die angenehmste Weise zu verzehren, muß die schaffende Frau ihren Lebensunterhalt schwer erkämpfen und von dem kargen Verdienst noch an den Staat einen Tribut zahlen. Niemand wird aber in den Kontoren, Büros, im ganzen Geschäftsleben und in den Fabriken mehr ausgebeutet als das weibliche Geschlecht. So ist es für dasselbe geradezu eine Lebensfrage, durch geeignete Vertreter mnen in den Parlamenten und staatlichen Körperschaften seine Interessen selbst wahrnehmen zu können. Wenn das den Damen der Kriegsgleiteranten, der Geldaristokratie, nicht gefällt, so werden die Frauen des arbeitenden Volkes mit Gewalt daran vorbeigehen. Die Feindschaft der Deutschen Volkspartei gegen das Frauenwahlrecht zeigt nur erneut, wie lächerlich anmaßend es von dieser Partei ist, sich mit dem Titel „Volkspartei" zu belegen.

Zusammenstoß. Gestern nachmittag fand in der Ludwig-Wucherer-Straße zwischen einem Straßenmotorwagen und einem Lastkraftwagen ein Zusammenstoß statt. Am Motorwagen wurden 2 Fensterscheiben zertrümmert und die vordere Plattform eingedrückt, während am Kraftwagen der Benzinbehälter leicht beschädigt wurde.

12 Zentner Zucker gestohlen. In der Nacht zum 29. Oktober sind aus einem Eisenbahnwagen, der im Gelände des Halleschen Speditionsvereins in der Heinrichstraße stand, 6 Sack Rohzucker gestohlen worden. Jeder Sack ist gezeichnet mit dem Inhalt: Inhaber Z. H. Nr. 21 und enthält 2 Zentner Rohzucker. Letzterer ist grobkörnig und, weil noch nicht raffiniert, von gelblich brauner Farbe. Für die Ermittelung der Diebe und Wiedererlangung des gestohlenen Zuckers setzt der Geschädigte entsprechende Belohnung aus. Sachdienliche Mitteilungen nimmt außer dem Geschädigten auch die Kriminalpolizei, Dreyhaupstraße 4, Zimmer 38, entgegen.

Gefunden. Einem Mann sind nachstehende, wahrscheinlich aus Diebstählen in der weiteren Umgebung herrührende gebrauchte Sachen abgenommen worden: 1 schwarzer Frauenrock, 1 grünes Mantelkleid mit rotorauem Futter, 1 Seidenbluse, blaugrau gestreift und weißem Stickereikragen, 6 Stück gelbe Gardinen, 2 Bettbezüge mit J. V. oder D. J. im Monogramm, Kreuzstich, 1 Bettlaken mit J. H., 1 Kopfkissenbezug, gebleicht. Die Sachen liegen bei der Kriminalpolizei, Zimmer 37, zur Ansicht aus und werden Eigentümer gebeten, hierher Mitteilung gelangen zu lassen. Um Weiterverbreitung in den Zeitungen der umliegenden Städte wird gebeten.

Stadttheater. Heute, Dienstag, abend 7½ Uhr gelangt die Operette „Der ideale Bauer" zur Aufführung. Mittwoch „Penthesilea", Trauerspiel von Kleist. Donnerstag „Die Entführung aus dem Serail". Freitag abend 6½ Uhr „Die Walküre", Sonnabend „Als ich noch im Flügelkleide". Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Cörisia der Tante", Sonntag abend „Der ideale Bauer".

Provinz und Umgegend.

Die Elektrizitätswirtschaft der Provinz Sachsen.

Noch vom alten (reaktionären) Provinziallandtag war 1917 beschlossen worden, die Elektrizitätsversorgung in der Provinz Sachsen auf öffentlicher Grundlage zu regeln und für diesen Zweck 75 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Statt nun jetzt mit diesem Gelde vorzugehen, wurde eine privatkapitalistische Aktiengesellschaft Elektrizitätswerk Sachsen-Anhalt (sogenannt), deren Aktienmehrheit die Gasgesellschaft hat. Einen Teil der Aktien hat später der Anhaltische Staat erworben. Provinz und Staat haben noch durch Ankauf von folgenden Unternehmungen beteiligt: Straßenbahn Halle-Merseburg, Elbe-Havel-Bahn Magdeburg, Wansleben, Mansfeld, Eisenbahn, Helbra-Eisleben, Nebenbahn, Zentrale Sudenburg, Landkraftwerke Leipzig. Die Beteiligungen und zu zahlenden Preisen erworben worden, wie das Beispiel der Landkraftwerke Leipzig ergibt. Diese haben es durchgesetzt, daß die Bemessung der Abschreibungen vermindert, 8 Prozent Dividende herausrechnen (Aktienzeitung) auch entsprechend gute Kurse eine für die Direktoren und den Aufsichtsrat und dadurch den Kurs ihrer Aktien entsprechend hoch zu schrauben. Auf dringende Empfehlungen des Landeshauptmanns von Wilmowski und des Landrats von Wilmowski übernahmen 1918 die Provinz und der Kreis Merseburg verschiedene Mill. oder Mark von Aktien zum Kurse von 110 Prozent, d. h. für eine Aktie von 1000 Mark Wert wurden 1100 Mark gezahlt. Den „Verdienst" steckten die Landkraftwerke ein. Als das Jahr herum war, gaben die „guten" Aktien überzeugt 10 Dividende, und die Zinsen für das aufgenommene Kapital mußten aus Steuern gedeckt werden. Wundern kann man sich bei solcher Finanzpolitik zugunsten von Privatgesellschaften nicht, wenn jetzt nachträglich für 1919 die Provinz Aktionäre erstaunlich erhöht werden mußten. Recht eigenmächtig benahm sich der Landrat von Wilmowski. Obwohl der Merseburger Kreistag nur 1 Million Mark zum Ankauf der Aktien bewilligt hatte, ließ der Landrat 1 100 000 Mark dafür aus der Kreiskasse zahlen. Die Landkraftwerke Leipzig brauchen jetzt wieder 6 Millionen Mark. Die Provinzialverwaltung hat von der Lehre des erste Aktienzeichnes noch nicht genug und will den Betrag in Gemeinschaft mit den Kreisen übernehmen und zwar wiederum zum Kurse von 110 Prozent, trotzdem die Landkraftwerke bei gewaltig gesteigerten Strompreisen schlecht stehen. Der Landeshauptmann verfügt darüber völlig selbstherrlich, denn durch die Gründung der privatkapitalistischen Ging hat man es verstanden, die Kontrolle und das Zustimmungsrecht des Provinziallandtages auszuschalten. Und das nennt man nun Selbstverwaltung und öffentliche Wirtschaft. Die Ging hat sich als neuer Zwischenhändler zwischen Elektrizitätswerke und Stromverbraucher geschoben und nicht genug damit als weiteren Zwischenhändler eine neue Gesellschaft „Landelektrizität Sachsen-Anhalt" mit gegründet. Was für ein Kettenhandel in Elektrizität dadurch entstanden ist, möge folgendes Beispiel erläutern: Das private Elektrizitätswerk Gröbers erzeugt Strom und verkauft ihn an die Ging. Diese verkauft an die Landelektrizität, diese an die Ueberlandzentrale Saalkreis-Bitterfeld, diese an die Stadt Merseburg und diese endlich an den Verbraucher. Da jede Zwischenstelle Unkosten hat und verdienen will, kann man sich vorstellen, wie der Strom auf dem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher künstlich verteuert wird. Wenn dann der Verbraucher über die hohen Stromkosten klagt, heißt es, die Arbeiter mit ihren unverschämten Forderungen sei an schuld.

Es wird höchste Zeit, daß dieser, unter dem Deckmantel einer öffentlichen Wirtschaft um sich greifende, privatkapitalistischen Betreibung der Elektrizitätsversorgung, unter Verwendung der öffentlichen Gelder, endlich Einhalt geboten wird, damit die dringend notwendige Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft in der Provinz nicht auf unüberwindliche Hindernisse stößt. Gerade die von der Provinz ins Leben gerufene Wirtschaft, von der nur das Privatkapital Vorteil, die Steuerzahler und Verbraucher aber die Nachteile haben, zeigt aufs deutlichste die Notwendigkeit einer wirklichen und gründlichen Sozialisierung dieses Wirtschaftszweiges. Es ist dringend erforderlich, daß der Provinziallandtag sich eingehender um das Gebahren der Provinzialverwaltung kümmert und dies um so mehr, als jetzt die Ging eine Anleihe von 30 Millionen Mark aufnehmen will, für welche die Provinz die Garantie übernehmen soll. Auch auf den Kreistagen sollte man bei Bewilligung von Geldern für Beteiligungen an Privatunternehmungen vorsichtig sein.

Arbeitsvermittlung an Kriegsbeschädigte. Bei den dem Landesamte beim Sachsen-Anhalt angeschlossenen öffentlichen Arbeitsnachweisen meldeten sich im dritten Vierteljahre 1920 neu 1101 stellungsuchende Kriegsbeschädigte. Vermittelt wurden in diesem Zeitraume 551, so daß auf 100 neugemeldete Kriegsbeschädigte 864 Vermittlungen entfielen gegenüber 76 in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1920 und 65 im dritten Vierteljahr des Vorjahres.

Merseburg. (Von der Ueberlandbahn.) Heute hat das Personal die am Sonntag niedergelegte Arbeit wieder aufgenommen. Die Entscheidung über die schwebenden Lohndifferenzen soll einem Schiedsspruch überlassen bleiben.

Naumburg. Von der Strafkammer. Wegen Sittlichkeitsverbrechens, begangen als Pflegevater an dem vorehelichen Kinde seiner Frau, wurde der Schlosser Kukul aus Göben von der hiesigen Strafkammer in nicht öffentlicher Sitzung zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus verurteilt. — Die Arbeiter Frau Bach, Ernst Merk und Otto Hartmann aus Weißenfels hatten in einer dortigen Schuhfabrik durch Einbruch 600 Quadratfuß Rohrgeflecht und 48 Paar Schäfte im Werte von 31 000 Mark gestohlen, das Diebesgut in der Wohnung der Kürschnerehefrau Nielsen untergestellt und an anderen Tage für 3600 Mark verkauft. Bach, der noch Verbüßung einer Gefängnisstrafe mit dem heute nicht erledigten Rest auch einen Hühnerdiebstahl begangen hatte, erhielt 3 Jahre Zuchthaus, Hartmann 2½ Jahre Zuchthaus, der Ehemann Nielsen als Hehler 6 Monate Gefängnis, Frau Nielsen wurde freigesprochen.

Naumburg. Arbeiter-Samariter-Kolonne. Mittwoch den 3. November 1920, abends 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant Goldener Hahn. Da wichtige Tagesordnung vorliegt, ist das Erscheinen eines jeden Samaritergenossen dringend notwendig.

Ostrau (Kr. Bitterfeld). Versammlung der Kriegsbeschädigten. Endlich haben auch die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen von Ostrau und den umliegenden Dörfern ihren organisatorischen Zusammenschluß gefunden. Nachdem Bezirksleiter schon der Ortsgruppe Halle des „Reichsbundes" angehört hatten, schlossen sich am 30. Oktober die Kameraden und Kameradinnen nach einem Vortrage des Kameraden Vogel-Halle über „Die Notlage der Kriegsopfer und die Notwendigkeit ihrer Organisation" zu einer selbständigen „Ortsgruppe Ostrau (Kreis Bitterfeld) im Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen" zusammen. Zum 1. Vorsitzenden wurde Kamerad Robert Seeler-Ostrau gewählt. Der gut besuchten öffentlichen Versammlung wohnten auch Vertreter der Behörden bei und in der anregenden Diskussion wurden auch bereits die Wege eines Zusammenarbeitens der Ortsgruppe mit den für sie in Frage kommenden Behörden besprochen.

Delitzsch. Volkshochschule. Dienstag, den 2. November, 3—5 Uhr im Lehrerzimmer der Knaben-Volksschule: Lehrer Becherer, Seelenkunde und seelenkundliche Forschungsweise. 4½—6½ Uhr im Seminarklasse 3: Studienrat Schiebeberg, Englisch für Anfänger. 4½—6½ Uhr im Physiksaal des Seminars: Studienreferendar Saalfeld, Mechanik.

Delitzsch. Wohnungsbesichtigung. Zur Besichtigung der Wohnungen hiesiger Stadt hat die Stadtverordnetenkommission neuerdings die Tätigkeit am Montag, den 1. Nov. d. J. aufnehmen. Jede Kommission besteht aus drei Mitgliedern, welche mit Ausweis des Magistrats versehen, die Besichtigung gemeinsam innerhalb des von ihnen zugewiesenen Bezirks auszuüben haben. Die Stadt ist zu diesem Zwecke in vier Bezirke eingeteilt, so daß eine jede Durchführung der Wohnungsbesichtigung möglich ist. Die Besichtigung erstreckt sich sowohl auf Wohnungen, wie auf Nebenräume.

— **Einbruchsdiebstahl.** In dem Grundstück Nordplatz 11 haben in der vergangenen Nacht Einbrecher den Kellern des dort wohnenden Kaufmanns Gottschalk und des Bürovorstehers Krell einen unerwünschten Besuch abgestattet. Aus dem ersteren Keller erbeuteten die Diebe Nahrungsmittel, darunter 200 Stück Eier, aus dem letzteren 2 Fahrräder, Herren- und Damenrad. Die Diebe sind unerkannt entkommen.

Torgau. Stadtverordnetensitzung. Gen. Emil Schröder wird als Stadtrat eingeführt. Er behält vorläufig Doppelmandate als Stadtrat und als Stadtverordneter. Großkaufmann und Stadtrat Noriche hat sein Mandat als Stadtrat niedergelegt, an seine Stelle tritt der Demokrat Martin. Bürgermeister Goddeke ist zum Ersten Bürgermeister von Torgau bestätigt worden, seine Einführung wird demnächst durch den Regierungspräsidenten erfolgen. — Einführung einer Wohnungsinspektorin. Da diese Vorlage noch nicht genügend groß ist, so ist auch die Vorlage auch noch Mängel aufweist, beschließt die Versammlung, die diese einer Kommission zu überweisen. In diese Kommission werden hineingewählt: Dr. Ihlow, Gen. Schröder, Gen. Krell, Stv. Martin, Gen. Dittmar, Stv. Lehmann und Stadtverordnetenvorsteher Dr. Ortmann. — Zeitpunkt der Wasserzinserhöhung. Der Wasserzins wurde auf 0.85 M. pro Kubikmeter erhöht, einige hiesige Hausbesitzer hatten natürlich ihren Mietern den Wasserzins von einem halben Jahre nachzahlen lassen, trotzdem die Erhöhung des Zinses erst am 1. Oktober in Kraft tritt. Gen. Reichelt berichtet einen ähnlichen Fall, wo der Hausbesitzer sogar die Miete um ein ganz beträchtliches gesteigert hat. — Ein Trichinenbeschauer bittet um Anstellung. Selbst der ist schwer kriegsbeschädigt. Er bezieht von der Stadt lage und schreibe 190 Mark pro Monat Rente und hat Familie. Gen. Alpers hatte schon in der letzten Sitzung eine einmalige Unterstützung für den Schwerbeschädigten beantragt. Auch heute ersuchte Gen. Alpers den Magistrat dringend den Schwerbeschädigten sofort eine Stellung zu verschaffen. Zwischen der Stadt Torgau und den Kreisbaubeamten ist ein Kurzarbeitsabkommen worden, der sofort in Kraft tritt. Die Besoldungsordnung für Beamte und Angestellte wird genehmigt. Zu letzterer bringt Gen. Alpers einige Punkte zur Sprache und empfiehlt dem Magistrat, mehr Rücksicht walten zu lassen. Der Arbeiterstenotachographen-Verein bittet um Ueberlassung eines Schreibzimmers. Der Herr Schulbaurat hat das natürlich abgelehnt. Einige Stadtverordnete der U. S. P. und Gen. Stadtrat Neumann sagen dem Zweiten Bürgermeister ihre Meinung und geben ihm mit auf den Weg, bei der nächsten Magistratssitzung, wo diese Vorlage nochmals vorkommt, dem Herrn Schulrat gegenüber als ganzer Mann aufzutreten. (Schon in einigen ähnlichen Fällen mit dem Herrn Schulrat Henkel hatte sich das Gefühl, daß der Herr Henze Magistrat und Stadtverordnete als ganz überflüssig behandelte. D. V.)

Falkenberg. Sprechtag für Kriegsbeschädigte. Der nächste Sprechtag für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene findet am Mittwoch, den 3. n. M. von 11½ bis 3 Uhr in der Goldenen Krone statt. Anmeldung durch Postkarte beim Kreiswohlfahrtsamt Liebenwerda ist erforderlich.

Aus aller Welt.

Leipzig, 30. Oktober. Ein Millionenschwindler. Ein Schwindler, der sich Fabrikbesitzer Paul Schmidt aus Gelsenkirchen nannte, hat eine Leipziger Bank durch gefälschte Schecks um 710 000 M. beschwindelt. Tags darauf hat der Gauner versucht, bei zwei Berliner Banken eine Million bezw. 300 000 auf die gleiche Weise zu erheben, jedoch ohne Erfolg. Die Ergreifung des Täters und Herbeischaffung des Geldes sind 10 Mark Belohnung ausgesetzt.

Berlin, 2. November. Großfeuer in Spandau. Spandau brach gestern in den Anlagen der Berliner Metallindustrie-Gesellschaft ein Großfeuer aus, das das gesamte Werk einäscherte. Der Schaden beläuft sich auf zwei Millionen.

Wismar. Gesunkener Segler. Nach einer Zeitungsmeldung ist der Segler „Komet" mit Granitblöcken von Oslo für eine Wismarer Firma bei Smirshamm gesunken. Besatzung und Ladung sind verloren. Die Mannschaft ist gerettet.

Hindenburg, 1. November. Gefaßter Bandenhäuptling. Der mehrfach Mörder und Bandenhäuptling Emil Tick aus Beuschowitz, der kürzlich den Oberwachtmeister Georg und den Landjäger Schieleit auf offener Straße erschossen hatte, wurde in Einbruchsdiebstähle mit zwei anderen Verbrechern verhaftet. Bei seiner Einlieferung in das Hindenburger Gerichtsgefängnis versuchte der Mörder, dem „Wachtmeister" zufolge, Polizeibeamten zu überfallen. Der Beamte griff in der Notwehr zur Waffe und verwundete Tick durch einen Unterleibsschuß. Tick starb bald darauf.

Gewerkschaftliches.

Echt deutschnational.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben:

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband lässt seine Geschäftsstellen, der und Fachvereine ein „streng vertrauliches Rundschreiben, in dem er mitteilt, daß vom Reichsarbeitsministerium ein gehemmer Erlaß eingegangen ist, der bestimmte Kategorien der beamtlichen Angestellten eine Erleichterung Vorzugsabzahlungen gewähren soll. Dann heißt es in Rundschreiben wörtlich:

„Wir haben den Erlaß nur erhalten auf Grund unserer guten Beziehungen zu Reichsarbeitsministerium und müssen bitten, diese guten Beziehungen nicht zu verscherzen. Es könnte möglich sein, daß der beim Reichsarbeitsministerium angebrachte Urbatz vom Z. V. (des Zentralverband der Ang.stellten), wie auf der Tagung des Z. V. in Weimar gewesen ist und jedenfalls die damals in Arbeit befindlichen Erlaß gelangt hat, Weimar davon gesprochen hat. Das wäre eine Verletzung Dienstgeheimnisses, und es wäre uns sehr angenehm, wenn durch vorsichtige Umfragen bei Leuten des Z. V. die in Weimar waren, erfahren könnten, ob dies der Fall ist. Wenn unsere Mitteilung zuträfe, so würden wir dieses Spion am R. A. M. melden und andererseits ja unserer Schweigepflicht hinsichtlich des Erlasses entbunden sein."

Ein tolleres Niveau des Kampfes ist nun wirklich nicht mehr möglich.

Man vergegenwärtige sich. Der deutschnationale Verband unterbittet zu einem Angehörigen des Reichsarbeitsministeriums unerlaubte Beziehungen, der er sich nicht verscherzen will, um die Spur von sich abzulenken und gleichzeitig das übergeordnete Zentralverbandsmitglied im Reichsarbeitsministerium bestechen zu werden, veranlaßt er seine Mitglieder, „streng vertraulich" zu schnüffeln, ob etwa der Vertrauensmann des Zentralverbandes diesem auch Mitteilung gemacht hat. Dann will man diesen Mann, den man als Spion bezeichnet, als den Urheber der Indiskretion denunzieren, um ihn zu beseitigen.

Die Mitglieder des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes werden unfehlbar schnüffeln, denn das erwähnte Rundschreiben des Zentralverbandes hat nichts über den Erfolg der Aktion. Er sieht nicht auf dem Boden echt deutschnationaler Moral.

Volkswirtschaft.

Wie die Industriellen „Not" leiden.

Welchen Wert das Geschrei im Unternehmerlager über die Unrentabilität der Betriebe hat, lehren die Berichte der Aktiengesellschaften nun, die in der Tagespresse veröffentlicht werden. Einige kurze Auszüge aus diesen Berichten seien hier angeführt. Die Aufsichtsratssitzung des Kabelwerkes Rheydt A.-G. in Rheydt hat beschlossen, der am 13. November stattfindenden Hauptversammlung die Verteilung der Dividende von 30 Prozent wie im Vorjahr vorzuschlagen. Außerdem soll auf jede Aktie ein Bonus von 100 Mark gezahlt werden. Für den Beamtenpensions- und Unterstützungsfonds werden 2 Millionen Mark beantragt. — Die Sächsische Gußstahlfabrik Döhlen bei Dresden will der für 27. Oktober einzuberufenden Hauptversammlung ebenfalls eine Dividende von 30 Prozent sowie einen Bonus von 10 Prozent, im ganzen also 40 Prozent, auf das erhöhte Aktienkapital von 14 Millionen Mark in Vorschlag bringen. Im Vorjahre betrug die Dividende 12 Prozent und je 30 Prozent für 1917 und 1918. Das Gewinnergebnis stellt Reichsdaten dar, die die Höhe des Bestehen der Gesellschaft, 1871, sind. — Falkensteiner Grubenweberei und Bleicherei. Der Dividendenvorschlag für das abgelaufene Geschäftsjahr beträgt 30 Prozent auf die alten Aktien und 15 Prozent auf die jungen Stammaktien. Im Geschäftsjahr 1918/19 bis 1915/16 wurden 15, 4, 1, 5 Prozent gezahlt. — Eisenbacher Wollindustrie A.-G. vorm. J. Jochem in Mönchengladbach. Nach dem Jahresabschluß wurde die Dividende auf 30 Prozent festgesetzt. — Lüdenscheider Metallwerke A.-G. Lüdenscheid. Der Abschluß ergibt einen Reingewinn von 1 939 777 Mk. (im Vorjahr 438 000 Mark). Hierzu werden 30 Prozent Dividende auf die Stammaktien und 7 Prozent auf die Vorzugsaktien verteilt. Das günstige Ergebnis wird vor allem auf größere Auslandslieferungen zurückgeführt. — Zuckerfabrik Offstein. Der Aufsichtsrat schlägt 25 Prozent Dividende auf 1 400 000 Mk. und 14 Prozent auf 1 400 000 Mark Stammaktien vor. Im Vorjahre sind 13 Prozent Dividende und als Bonus 500 Mark Kriegsanleihe gezahlt worden. — Mühlenhütte in Stassfeld A.-G. verteilt 15 Prozent Dividende, außerdem einen Bonus von 7½ Prozent (im Vorjahre 10 Prozent). — Diese Liste könnte noch beliebig weitergeführt werden. Und dann vergesse man das Gerede in Unternehmerkreisen über die hohen Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten, das Geschrei von der Unmöglichkeit, die vom Reich auferlegten Steuerlasten tragen zu können usw. — Wenn die Frage zur Erörterung steht, wie erreichen wir niedrigere Preise?, denn lehren doch die Berichte der Aktiengesellschaften usw., wo der Hebel angesetzt werden muß. Freilich gehört dazu eine Regierung, die den ernstlichen Willen und die Macht hat, dem Kapitalismus die Zähne auszubrechen. Das aber kann man von der jetzigen Reichsregierung nicht sagen. Das würde nur eine sozialistische Regierung können, die sich eine einig und geschlossen dastehende Arbeiterschaft stützen kann. Daran aber hapert es noch zu sehr. Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei ist es, diese Geschlossenheit und Einigkeit der großen Masse der Arbeiterschaft wieder herzustellen.

Vereins-Anzeiger.

Jede unter dieser Rubrik erscheinende Bekanntmachung kostet pro Zeile 30 Pfg. Unter Vereinsanzeiger sollen alle Veröffentlichungen, das Leben Vereins eben, auch Todesanzeigen, gebracht werden.

Zörbig. Mittwoch, den 3. November, 8 Uhr: Öffentliche Versammlung im „Schäfer hause". Parteisekretär F. Lücht, Halle, spricht über „Bolschewismus oder Sozialdemokratie?"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201102-13/fragment/page=0006